

Protokoll

7. Sitzung der Arbeitsgruppe 1

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-
beteiligung und Transparenz unter Berück-
sichtigung der Erfahrungen aus Asse,
Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben

Mittwoch, den 11. Februar 2015, 12:00 Uhr
Sitzungssaal E. 300
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz:

- Hartmut Gaßner
(Sitzungsleitung)
- Ralf Meister

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung	Seite 4
Tagesordnungspunkt 2 Beschlussfassung über die Tagesordnung Protokolle der 5. und 6. Sitzung	Seite 4
Tagesordnungspunkt 3 Zuschriften	Seite 5
Tagesordnungspunkt 4 Auswertung der 9. Sitzung der Kommission am 2. Februar 2015 betreffend Beteiligung der Öffentlichkeit an Kommissionsarbeit	Seite 18
Tagesordnungspunkt 5 Internetforum	Seite 5
Tagesordnungspunkt 6 Ausgestaltung des Rahmenprogramms sowie Strukturierung des Arbeitsprogramms bis März/April 2015	Seite 36
Tagesordnungspunkt 7 Verschiedenes	Seite 36

Teilnehmer:

Hartmut Gaßner (Vorsitz)
Ralf Meister (Vorsitz)
Prof. Dr. Armin Grunwald
Prof. Dr. Bruno Thomauske
Prof. Dr. Gerd Jäger
Erhard Ott
Abg. Dr. Julia Verlinden
Min Garrelt Duin

Für Klaus Brunsmeier: Thorben Becker
Für Jörg Sommer: Wiebke Rössig
Für Min Garrelt Duin: (Teile der Sitzung) Dr. Stefan Schielke
Für Min Franz Untersteller: Helmfried Meinel

Michael Müller (Vorsitzender der Kommission)

Andreas Fox (Gast)
Michael Fuder (Gast)

Tagesordnungspunkt 1 **Begrüßung**

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen.

Wir haben heute die 7. Sitzung unserer Arbeitsgruppe 1. Wir haben im Vorfeld regelmäßig die Frage, ob Dr. Mehnert Audioaufzeichnungen machen kann; aber er ist scheinbar nicht hier.

Wir würden dann feststellen, wer heute da ist: Da darf ich zunächst wieder unsere ständigen Gäste Herrn Fuder und Herrn Fox begrüßen. Frau Donat ist nicht anwesend. Entschuldigt sind von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe bislang Herr Pols, Frau Kottling-Uhl, für die Frau Verlinden schon da ist, und Herr Zdebel, der erkrankt ist.

Wir haben momentan Herrn Schielke in Vertretung von Herrn Minister Duin, wir haben Herrn Becker in Vertretung von Herrn Brunsmeier, und wir erwarten eigentlich Herrn Meinel für Herrn Untersteller; aber er ist noch nicht da. Wir sind im Übrigen deshalb aktuell etwas dünner besetzt, weil noch der Trauerakt für den verstorbenen Richard von Weizsäcker stattfindet. Deshalb kann ich noch nicht abschließend sagen, wie die Präsenz heute sein wird.

Tagesordnungspunkt 2 **Beschlussfassung über die Tagesordnung** **Protokolle der 5. und 6. Sitzung**

Wir werden bekanntlich heute einen Teil unserer Zeit in gemeinsamer Sitzung mit der Arbeitsgruppe 2 gestalten und haben das für 13 Uhr anberaumt. Deshalb wird vorgeschlagen, die Ihnen vorliegende Tagesordnung insoweit zu ändern, als dass wir nach dem Tagesordnungspunkt Zuschriften nicht in die Auswertung der letzten Kommissionssitzung eintreten, sondern uns zunächst des Themas Internetforum, Internetpräsenz annehmen, in der sicheren Erwartung, dass es uns gelingen sollte, dies bis 13 Uhr so weit zu

diskutieren, dass wir zu einer Beschlussfassung kommen können.

Wenn Sie mit dieser Umstellung einverstanden sind, dann bitte ich um Kopfnicken respektive um Widerspruch. - Dann sehe ich in der Runde, dass wir so verfahren können.

Als Nächstes teilen wir noch mit, dass wir die Protokolle der 5. und 6. Sitzung erwarten und dass wir am heutigen Tag wiederum ein Stenografisches Protokoll haben werden. Auch das Protokoll der 6. Sitzung wird ein Stenografisches Protokoll sein. Das Protokoll der 5. Sitzung war eine Abschrift der Tonbandaufzeichnung durch die Geschäftsstelle, weshalb sich das ein wenig verzögert.

Ich darf Ihnen zu meiner Linken Herrn Voges vorstellen. Ich bitte ihn, dass er vielleicht drei, vier Sätze zu seiner Vita sagt, weil ich ihn dann auch gern mit auf den Tagesordnungspunkt Zuschriften ansprechen wollte. - Herr Voges, bitte.

Jürgen Voges (BT): Ich bin seit Anfang des Monats als Redakteur angestellt in der Geschäftsstelle der Kommission und dort zuständig für Presse und Öffentlichkeitsarbeit.

Beruflich beschäftige ich mich mit dem Thema Endlagerung radioaktiver Abfälle seit 1982. Ich habe meine berufliche Laufbahn als Korrespondent der Tageszeitung *TAZ* in Niedersachsen begonnen; dort war ich fest angestellt von 1982 bis 1993. Danach war ich freier Journalist und ab dem Jahr 1999 Niedersachsen-Korrespondent der Nachrichtenagentur AP. Später bin ich zu dapd nach Berlin gewechselt. Ich kenne alle Endlagerprojekte oder Bergwerke aus vielfacher eigener Anschauung und habe zu diesem Thema weit über 1 000 Berichte, Meldungen und Ähnliches veröffentlicht.

Wollen Sie jetzt noch wissen, was ich vorhabe?

(Heiterkeit)

Als Erstes heißt Presse- und Öffentlichkeitsarbeit natürlich: Wenn denn die technischen Gegebenheiten vorhanden sind und meine erste Einarbeitung in diese Verwaltung des Bundestages, die ich auch erst einmal kennen- und schätzen lernen muss, abgeschlossen ist, wird es künftig zu den Sitzungen hier regelmäßig Ankündigungen und danach auch Informationen für die Presse geben. Außerdem planen wir selbst eine aktive Pressearbeit, die zu bestimmten wichtigen Punkten von sich aus auf wichtige Medien zugeht.

Des Weiteren soll ich als Redakteur dieses Bürgerforum betreuen. Bürgerforum sage ich, weil wir zumindest jetzt vorschlagen, den Titel von „Beteiligung“ zu „Forum“ zu ändern, um einfach im Titel nicht mehr zu versprechen, als man hinterher tatsächlich einhält.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Okay. Ganz herzlichen Dank, Herr Voges. Gibt es noch eine Rückfrage? - Ich nehme an, dass Herr Voges in den nächsten Minuten noch Gelegenheit haben wird, zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen.

Ich darf Ihnen danken und viel Erfolg wünschen, denn wir werden mit dieser Arbeitsgruppe sicherlich einiges zu tun haben. - Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3 Zuschriften

Die erste Aufgabenstellung, die ich Ihnen gerne delegieren würde, sofern die Arbeitsgruppe dem zustimmt, bezieht sich auf Folgendes: Wir haben hier dem Thema Zuschriften eine besondere Bedeutung beigemessen, indem wir gesagt haben, wir wollen erkennen lassen, dass wir diese Zuschriften ernst nehmen. Die Zuschriften, soweit sie bislang für die Kommission oder die Arbeitsgruppe eingegangen sind, sind von sehr unterschiedlichem Inhalt und unterschiedlicher Zielrichtung.

Meine Bitte wäre, dass Sie die Zuschriften, die uns erreichen, ein Stück weit für uns so selektie-

ren, als dass Sie uns dann einen Vorschlag machen, dass wir die eine oder andere Zuschrift hier auch behandeln sollten. Das wäre meine Bitte ab der nächsten Sitzung.

Für uns, jedenfalls, was die Arbeitsgruppe 1 angeht - wie es die Kommission handhaben will, können wir hier nicht bestimmen -, wäre es sehr hilfreich, wenn Sie da eine Art Vorsichtung vornehmen und ein Seismograf wären, inwieweit die Fragestellungen hier dann auch ausdrücklich besprochen werden sollten. Das könnten wir bitte ab der nächsten Sitzung so handhaben, weil das doch sehr analog zu der Aufgabenstellung und der Fragestellung ist, sich auch im Forum immer wieder zu orientieren, zu dem ich jetzt, wenn zu dem Thema Zuschriften keine weiteren Anmerkungen kommen, gerne überginge. - Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 5 Internetforum

Ich würde gern wiederum in umgekehrter Reihenfolge, als wir in der Tagesordnung bestimmt haben, vorgehen wollen.

1. Neue Internetpräsenz

Es ist auf der einen Seite unter dem Schlagwort Internetpräsenz das verstanden, was uns sehr kurzfristig am gestrigen Tag erreichte, das sogenannte Pflichtenheft. Innerhalb dieses Pflichtenheftes finden Sie - das ist jetzt meiner Vorbereitung geschuldet - unter den Zahlen 271 und 272 den Hinweis, dass das Forum zunächst unverändert eingebunden werden soll.

Was ist das Pflichtenheft? Ich habe es nicht durchgearbeitet. Das Pflichtenheft ist im Großen und Ganzen die Anforderung an die Gestaltung einer modernen Internetpräsenz, eines Internetauftrittes unter anderem unter dem Gesichtspunkt Responsive Design, was heißen soll, dass sich die Größen umorientieren, angefangen von den Buchstaben bis hin zu den Kästen, je nach-

dem, wie groß das Format des verwendeten Bildschirms ist. Es ist also, vereinfacht ausgedrückt, smartphonefähig.

Ich bin mit Verlaub nicht der Auffassung, dass die Arbeitsgruppe 1 sich mit großer Intensität mit dieser Frage des Responsive Designs zu beschäftigen hat, weil das Alltagshandhabung und eine Selbstverständlichkeit ist. Gleichwohl weise ich ausdrücklich darauf hin, dass die Bitte besteht, die ich auch teile, dass wir der Geschäftsstelle signalisieren, dass die Internetpräsenz, also die Arten der Überschriften, der Kästen, der Buchstabengröße etc. - ich sage es noch einmal, ich habe das Pflichtenheft nicht durchgearbeitet -, von uns zunächst unbeanstandet bleibt, sodass die Internetpräsenz, also die Gestaltungsfragen, jetzt in einem mit der Geschäftsstelle und dem Dienstleister verabredeten Zeitplan so abgearbeitet werden können, dass dieser Internetauftritt ab April zur Verfügung steht. Wie bei allem ist dann auch wiederum mit entsprechender Zusatz- und Folgebeauftragung eine Änderung an einer solchen Struktur möglich.

Wenn es jetzt aber grundsätzliche Bedenken bezüglich der Internetpräsenz gibt, dann bitte ich jetzt um Wortmeldungen, damit wir zunächst diese für uns meines Erachtens nicht so wichtige Frage abarbeiten können, um dann zu dem Hauptthema zu kommen: Wie halten wir es mit dem Internetforum? Für das Internetforum ist das von Belang, was unter anderem hier jetzt schon angedeutet ist und was dann - ich wiederhole mich insoweit bewusst noch einmal - in den neuen Internetauftritt eingebunden werden würde.

Meine Fragen lauten: Hatte jemand Gelegenheit, sich das Pflichtenheft anzugucken? Gibt es zu dem Pflichtenheft kritische Anmerkungen? Können wir bezüglich des Pflichtenheftes in den nächsten Minuten dann zu einer Entscheidung kommen?

Jetzt haben sich zunächst Herr Becker und Herr Grunwald gemeldet. - Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Ja, vielen Dank. - Ich habe das Pflichtenheft nicht von vorne bis hinten durchgearbeitet; aber ich habe nach dem Querlesen die gleichen Punkte, wie ich sie auch zu der ersten Darstellung als PDF-Datei der neuen Website hatte.

Der eine Punkt ist die Begrifflichkeit „Bürgerbeteiligung“; das scheint sich geklärt zu haben. Das halte ich für wichtig, weil man über das, was dann Forum ist, deutlich entspannter diskutieren kann, wenn dadurch nicht falsche Erwartungen geweckt werden.

Zu zwei anderen Punkten, die mir durchaus wichtig sind: Zum einen hatten wir ja auch in der Diskussion hier in der Arbeitsgruppe gesagt, dass man die Art und Weise, wie man die Sitzungen auf der Internetseite mit verfolgen kann, deutlich verbessern muss. Vorbild war die Website des Bundesrates, wo tatsächlich auch die entsprechenden Dokumente zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingebündelt werden und man sich anschließend auch einzelne Tagesordnungspunkte im Video angucken kann.

Mein Eindruck nach dem Querlesen und nach dieser PDF-Datei ist, dass es hier keine wirklichen Verbesserungen gegenüber dem Istzustand gibt. Das fände ich sehr schade für den Aufwand, den wir mit einer neuen Website betreiben.

Der andere Aspekt, weil das für mich aus den Dokumenten nicht hervorgeht, ist eher die Darstellung der Arbeitsgruppen. Ich halte es für wichtig, dass sie sehr gut und tatsächlich auch leicht auffindbar dargestellt werden, weil wir jetzt gemerkt haben, dass da eigentlich die spannendere Arbeit stattfindet.

Meine Befürchtung nach Sichtung der Dokumente war, dass sich dies gegenüber dem Istzustand, bei dem ich sehen kann, was die Tagesordnung ist und was die Dokumente sind, in dem ich vielleicht nicht schön, aber doch relativ einfach nachverfolgen kann, was da passiert, sogar

eher verschlechtert, indem da nur noch aufgelistet wird, wer die Mitglieder sind, während ich ansonsten die Dokumente in einer einfachen Dokumentensuche aller Dokumente finden kann.

Vielleicht stimmt das nicht; ich war bei der Präsentation der neuen Website nicht dabei. Aber auf zwei Punkte müssen wir tatsächlich dringen: Die neue Website soll nicht nur schöner aussehen und auch auf einem Tablet oder einem Smartphone funktionieren; vielmehr braucht es tatsächlich auch in der Funktionalität einen Fortschritt, und den sehe ich noch nicht so richtig.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ganz herzlichen Dank. - Ich würde dann Herrn Grunwald auffordern und Herrn Voges bitten, die Sachen soweit mit aufzunehmen, dass dann auch ein Verständnis besteht, wenn ich sage, die Wortbeiträge werden umgesetzt, sofern keine widersprüchlichen Angaben kommen.

Ich glaube, dass es zu den zwei Punkten, die Sie genannt haben, keinen Widerspruch gibt. Ansonsten würde ich noch um Wortmeldungen bitten, damit wir das jetzt schon sammeln und ich nicht am Schluss alles wieder aufzählen muss. Vielmehr würde ich das jetzt in dem Sinne bei Herrn Voges auf einem Zettel sammeln wollen. - Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Ja, vielen Dank, Herr Gaßner. - Ich habe einen positiveren Eindruck. Ich empfinde die Präsentation gerade der Arbeitsgruppen als deutlich besser. Natürlich kann man im Detail immer verbessern, und ich bin auch durchaus Ihrer Meinung, dass man hier noch Dinge verbessern kann.

Aber mein Plädoyer ist eigentlich, dass die Internetpräsenz jetzt möglichst schnell hergestellt werden muss. Ich sehe nicht, dass wir mit dem jetzigen Modell irgendwie einen gravierenden Fehler machen, der später nur unter großen Kosten wieder rückholbar wäre. Ich empfehle, mit dem jetzigen Modell schnell zu starten und so zu

verbessern und anzubauen, wie dann weitere Möglichkeiten sind.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ganz herzlichen Dank, Herr Grunwald. - Ich möchte insoweit die Information von der Geschäftsstelle noch einmal unterstreichen: Es ist so, dass der Dienstleister eine Zeitmatrix hat und befolgen möchte, die es ermöglicht, dass der neue Internetauftritt im April erscheint. Je nachdem, ob von uns noch weitere gravierende Änderungen kommen, würde es sich in den Mai verschieben. Wir entscheiden heute also bezüglich der Internetpräsenz, nicht über kurzfristig oder nicht kurzfristig. Das werden wir beim Forum aufrufen. Bei der Präsenz sind wir momentan eingebunden in die Zeitfolge, wie sie mit dem Dienstleister vertraglich verabredet ist. Also sind wir dann bei April. - Herr Fox, bitte.

Andreas Fox: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Ich verstehe diesen Vertragsentwurf eben auch so, dass dies einen Rahmen für das darstellt, was nachher im Einzelnen vielleicht auch in veränderter Form im Internet erscheint.

Insofern dürfte man in diesem Rahmen noch einmal neu über die Rubriken diskutieren, die dort eingeführt sind, auch zur Darstellung der Problemlage. Dort sind zum Beispiel verschiedene Endlagerstandorte genannt, nicht aber Kriterien wie Sicherheit der Endlagerung, um die es hier und auch in der Arbeitsgruppe langfristig geht. Das muss sich die Arbeitsgruppe sicherlich dann noch einmal genauer angucken und daraufhin dann auch, ohne dass es große konzeptionelle Änderungen gibt, Wünsche einbringen können.

Ich hatte noch eine Frage im Rahmen der Probe-phase gestellt, und zwar danach, wie es mit den Rechten im Zusammenhang mit dem Forum aussieht. In dem ersten Dokument, das dort zu sehen war, sah es erst einmal etwas eigenartig aus, dass es verschiedene Firmen sind, die da eine Rolle spielen. Ist das jetzt irgendwie verändert? Gibt es da jetzt eine Klärung, dass die Rechte an diesen

Beiträgen, die dort im Bürgerforum eingebracht werden, dann zum Beispiel beim Bundestag liegen oder im Rahmen einer Common License dort als öffentliche Rechte stehen? Wie sieht das aus?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Als Nächstes Frau Rössig, und dann wird Herr Voges das Wort nehmen und auf Ihre Frage antworten, Herr Fox.

Wiebke Rössig: Ich würde mich vor allen Dingen Herrn Becker anschließen. Ich habe mir die Präsentation am Montag angeschaut, und es gibt tatsächlich, wenn ich das so richtig verstanden habe, keine Möglichkeit, weiterhin die Dokumente parallel zu den Sitzungen zu verfolgen. Das, was wir vorgeschlagen hatten, im Sinne dessen, wie der Bundesrat das löst, dass man nämlich dort die Sitzung verfolgt und dann automatisch Sprungmarken gesetzt bekommt, wo man sieht, welcher Tagesordnungspunkt behandelt wird, welche Dokumente dazugehören, ist jetzt nicht enthalten.

Ich habe noch einmal nachgefragt; mir wurde gesagt, das müsste man parallel in einem anderen Fenster dann als PDF öffnen. Das kann man natürlich auch jetzt schon machen. Aber ich hielte diese Verbesserung doch deutlich für wünschenswert. Ich glaube, wir hatten sie auch so aufgeführt. Das wollte ich nur noch einmal anmerken.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Frau Rössig. - Ich möchte mich auch noch einmal bedanken und Sie um weitere Unterstützung bitten, dass gerade Herr Becker und Sie uns da beraten und auch im Verlauf immer wieder Hinweise geben. Der Hinweis, dass dies eine sehr sinnvolle Einrichtung ist, wird wohl von uns allen geteilt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass offensichtlich die Plattform des Bundesrates dies „bewältigt“. - Deshalb würde ich das gern noch in das Pflichtenheft mit aufgenommen wissen, Herr Voges.

Jürgen Voges (BT): Über diesen Punkt ist mit dem Onlinedienstleister gesprochen worden. Ich

kann erst einmal nur wiedergeben, dass gesagt wurde, dass alle Dokumente im PDF-Format sind und dass man sie aus technischen Gründen nicht auf der gleichen Ebene parallel wie die Videoeinkblendung zeigen kann. Möglicherweise sind im Bundestag die Dokumente insgesamt in einem anderen Format, oder es ist ein grundsätzlich anderes System.

Aber wir haben diesen Wunsch bei der dortigen Besprechung vorgebracht, und er wurde als unerfüllbar bezeichnet, mit der technischen Begründung, dass dies einen grundsätzlichen Umbau nicht nur unseres Internetauftrittes, sondern auch im System des Deutschen Bundestages, erfordert.

Es wurde schlicht gesagt, das geht nicht, das geht nicht auf der gleichen Ebene, das geht nicht im selben Fenster, weil die Dokumente alle im PDF-Format sind und man in dieses PDF-Format nebenbei nicht noch sozusagen einen Videostream einspeisen könne. Ich werde hier keine hundertprozentige Garantie für die richtige Darstellung der technischen Probleme abgeben; aber es wurde einfach gesagt, das geht nicht. Man könne, wie Frau Rössig schon sagte, nur ein zweites Fenster öffnen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, vielen Dank, Herr Voges. - Frau Verlinden, bitte.

Abg. Dr. Julia Verlinden: Ich muss mich entschuldigen; ich bin ja selten bei diesen Sitzungen anwesend und habe vielleicht einen Teil der Vordebatte nicht im Detail mitbekommen. Aber mir ist jetzt gerade nicht ganz ersichtlich, warum das jetzt nicht möglich sein soll.

Wir reden gerade über ein Pflichtenheft. Das heißt, wir beschließen, was wir vom Dienstleister erwarten, und dafür kriegt er sein Geld. Wenn wir sagen, wir hätten gerne eine technische Umsetzung in der und der Form, wie von Frau Rössig gerade vorgeschlagen, wie es im Bundesrat ja offenbar funktioniert, und der Dienstleister kriegt

das nicht hin, dann müssen wir halt einen anderen Dienstleister finden, der genau das hinbekommt.

Also, ich verstehe jetzt gerade nicht genau, warum wir, da wir in einer Situation sind, in der wir quasi die Vorgaben machen, wie die Internetseite aussehen soll, uns dann von einem potenziellen Dienstleister erzählen lassen, es gehe so nicht, und deswegen müssten wir jetzt eine andere Form finden.

Das ist mir jetzt gerade von der Logik her nicht ganz ersichtlich. Vielleicht kann das jemand noch einmal aufklären, falls ich da jetzt irgendeinen Punkt der Debatte verpasst habe.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Frau Verlinden. - Ich schlage vor, dass wir diesen Wunsch hier zum Beschluss erheben. Wir werden dann möglicherweise das erleben, was Herr Voges angesprochen hat, dass offensichtlich die Gesamtplattform des Deutschen Bundestages nicht geeignet ist, den einzigen Wunsch, den die Arbeitsgruppe hat, umzusetzen. Das ist jetzt ein rhetorischer Schlenker von mir. Wenn das die Rückantwort auf unseren Beschluss sein würde, dann müssten wir wieder damit umgehen.

Wir haben den Wunsch, dass entsprechend den Vorstellungen, die Herr Becker und Frau Rössig genannt haben, ein Format besteht, mit dem derjenige, der die Sitzung verfolgt, die Möglichkeit hat, während des Verfolgens der Sitzung auch die entsprechenden Dokumente oder den Livestream in der Weise verfolgen zu können, dass er bei dem Eintritt in die Sitzung die entsprechenden Dokumente erkennt. Das war wohl mit der Sprungmarke gemeint; ich bin auch kein Spezialist.

Dies würde ich gern beschließen. Wenn Herr Voges und die Geschäftsstelle uns dann melden, dass die Plattform des Deutschen Bundestages das nicht ermöglicht, dann müssen wir andere Wege gehen; denn ich hatte Herrn Voges so verstanden, dass der Dienstleister sich nicht in der

Lage sieht, diesen Wunsch auf die bestehende Bundestagsplattform aufzusetzen. Aber wir sollten uns jetzt nicht in technischen Einzelheiten ergehen, sondern wir formulieren diesen Wunsch als Beschluss, weil es sonst möglicherweise passieren könnte, dass wir keinen Beschluss getroffen haben. Auch das hatte schon Folgerungen.

Wer diesem Beschluss zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Darf ich, bevor wir abstimmen, noch etwas äußern?)

- Gerne.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Darf ich noch eine Ergänzung dazu machen? Ich unterstütze, dass wir einen unterstützenden Beschluss zu diesem Punkt jetzt fassen, dass wir zu einer Beschlussfassung kommen. Ich würde aber trotzdem gerne die Auswirkungen auf den Termin noch einmal adressieren. Ich hielte es für sehr wichtig, dass dieser Termin Anfang April, der ja schon sehr spät ist, gemessen an unserem Start, dadurch nicht gefährdet wird, das heißt, dass dann, wenn wir einen solchen Beschluss fassen, mögliche Konsequenzen in irgendeiner Form, die wir jetzt noch nicht überschauen, eben nicht dazu führen, dass der Internetauftritt sich grundlegend nach hinten verschiebt, sondern dass wir an dem Termin Anfang April festhalten sollten. Das wäre mir sehr wichtig.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Diese Differenzierung ist aus der einen Sicht sicherlich richtig. Nur: Was heißt das in der Konsequenz? Bedeutet das jetzt, dass wir dem Wunsch keinen Nachdruck verleihen? Dann würde ich formulieren wollen: Wir würden bitten, dass dieser Wunsch als ein Zusatzmodul entwickelt wird, das die bisherigen zeitlichen Vorstellungen zur Umstellung der Internetpräsenz auf das moderne Format nicht aus dem April schiebt.

Jürgen Voges (BT): Wenn ich Sie unterbrechen darf: Ich müsste den Wunsch genau kennen, weil

bei technischen Wünschen die Probleme ja im Detail liegen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, möchten Sie, dass es einen zweigeteilten Bildschirm gibt, in dem auf der einen Hälfte der Videostream laufen kann und auf der anderen Hälfte Dokumente einzusehen sind.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Voges, tun Sie mir einen Gefallen; wir haben jetzt nicht so viel Zeit. Wir würden dann den Beschluss noch dahin ergänzen: „wie es beim Bundesrat gehandhabt wird“. Da würden wir dann dieses analog aufnehmen.

Können wir es also mit den Modifikationen, dass wir erstens jetzt die Aufgabenstellung beschrieben und wir sie zweitens noch durch die Worte „wie im Bundesrat“ umrissen haben, beschließen? Zudem haben wir die Bitte geäußert, dass die zeitliche Handhabung nicht dazu führt, dass es zu Verzögerungen kommt, sondern dass es als eine Zusatzaufgabe angesehen wird, wenn sie denn als Zusatzaufgabe abgearbeitet werden müsste, und wir bitten darum, in der nächsten Sitzung eine Rückmeldung zu haben, wie mit dem Wunsch umgegangen werden konnte.

Wer diesem jetzt ergänzten Beschlussvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Enthält sich jemand? - Nein. Dann haben wir dazu einen einstimmigen Beschluss gefasst, und ich darf Herrn Voges bitten, das Möglichste zu tun, damit wir hier zu einem Fortschritt kommen.

Dann gab es die Frage von Herrn Fox bezüglich der Rechte. Wenn Sie sie vielleicht noch beantworten! Die Mail haben wir alle bekommen, Herr Fox; Sie haben es hier auch noch einmal vorgelesen.

Jürgen Voges (BT): Dass in den Forenregeln der Eindruck entstehen konnte, dass Dritte Eigentumsrechte am Inhalt des Forums haben, lag allein an einer unglücklichen Formulierung. Es ist geplant oder es wird so sein, dass die Forenregeln überarbeitet werden müssen, indem man

statt „Bürgerbeteiligung“ immer „Bürgerforum“ setzt. Dann wird dieser Satz, der da hieß „Die Eigentümer der Bürgerbeteiligung Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfälle ... Adduco Digital e. K. oder Bulletin Solutions“, ersetzt durch „die Eigentümer des für das Forum genutzten Online-Beteiligungstools“, und damit hat sich erledigt, dass da Rechte bestünden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ganz herzlichen Dank, Herr Voges. - Dann wäre die Frage: Konnten Sie das, was Herr Becker, bezogen auf eine erweiterte Darstellung der Arbeitsgruppen auf der Internetplattform, geäußert hat, nachvollziehen, und können wir bitten, dass das auch erfolgt, oder soll es Herr Becker noch einmal wiederholen? Er hat es uns aber auch schon schriftlich hergegeben. Ich wollte nur, dass dieser Punkt nicht untergeht. - Vielleicht sagen Sie es, Herr Becker, freundlicher Weise noch einmal in zwei Sätzen.

Thorben Becker: Aus meiner Sicht war das eher ein Prüfauftrag, weil ich bei der Präsentation nicht dabei war. Es war nur der Eindruck, der bei mir entstanden ist, dass die Darstellung eher verliert. Herr Grunwald hatte einen anderen Eindruck. Insofern ist es meines Erachtens tatsächlich als Prüfauftrag zu verstehen, dass die Darstellung auf gar keinen Fall schlechter werden darf, sondern im Idealfall natürlich sogar noch besser werden soll.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, herzlichen Dank. - Ich würde sagen, dass wir - das wäre eine Bitte auch an Frau Gäbler - den Punkt Internetpräsenz, Internetforum analog zu dem Thema ZUschriften als Dauertagesordnungspunkt haben und damit automatisch in jeder Sitzung zu diesem Thema uns ebenfalls kurz austauschen, ob es Rückmeldungen gibt, ob wir sowohl aus dem Internet als auch zum Internet Rückmeldungen haben, sodass wir das als ständigen Tagesordnungspunkt auch jedes Mal weiter verfolgen.

Das gilt insbesondere auch noch zu der weiteren Anmerkung von Herrn Fox, dass sich das System

sicherlich als lernfähig erweisen sollte. So ist das sicherlich auch aufgebaut. Sich als lernfähig erweisen heißt, dass wir auch neue Inputs geben können.

Ich würde dann, wenn Sie einverstanden sind, den Punkt Internetpräsenz verlassen und zu dem Themenfeld Internetforum übergehen wollen.

2. Internetforum

Das Internetforum ist der Teil der zukünftigen Internetplattform, der aktuell noch nicht freigeschaltet ist und zu dem wir bezüglich einer Testversion alle einen Zugangscode erhalten haben. Ich würde vielleicht, wenn Sie zustimmen, Frau Rössig - mit einem Moment Pause, damit ich sie jetzt nicht überfalle -, bitten, noch einmal ihre Bedenken vorzutragen, was das Forum angeht; anschließend bitte ich noch um andere Wortmeldungen zu der Frage Forum und der Frage Freischaltung des Forums, ja oder nein. Das sollten wir in den nächsten Minuten diskutieren und dazu auch zu einer Meinungsbildung, zu einer Entscheidung kommen. - Frau Rössig, darf ich Sie fragen, ob Sie anfangen?

(Wiebke Rössig: Nein, einen kleinen Moment!)

- Okay, kein Problem. - Wollen wir dann die Testversion noch einmal kurz auf dem Bildschirm sehen? Dann bitte ich Frau Gäbler, dass wir uns das vielleicht noch einmal vergegenwärtigen.

(Am Bildschirm wird das Internetforum gezeigt)

Manuela Gäbler (BT): Das ist die Startseite. Was wollen Sie jetzt sehen? Es gibt ja noch keine Themen; deswegen steht hier noch „Beispielforum“.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dann würde ich eine Ergänzung vornehmen wollen, damit wir möglicherweise dazu in die Diskussion kommen.

Mein Ergänzungsvorschlag wäre: Es ist die Bitte, dass wir Themen haben. Ein erstes Thema könnte sein, dass wir dazu einladen, dass es Anmerkungen zu der Beteiligung der Öffentlichkeit im Standortauswahlgesetz gibt.

Hintergrund: Ich würde im Verlaufe der gemeinsamen Sitzung ab 13 Uhr Ihnen vorschlagen, dass wir uns ein Arbeitsfeld Öffentlichkeitsbeteiligung Standortauswahlgesetz jetzt erschließen; das ist ja unsere originäre Aufgabe. Deshalb wäre es sehr geeignet, wenn wir das Forum, was jetzt die AG 1 angeht, damit eröffnen, dass wir fragen: Gibt es Anmerkungen, gibt es Überlegungen? Anmerkungen zu dem Beteiligungskonzept des Standortauswahlgesetzes hatten wir bereits im Rahmen der Anhörung gehabt. Dort haben wir einen bestimmten Kreis von Leuten - Fachleute sind wir alle - bereits zu dem Thema gehört.

Das wäre jetzt eine Ergänzung, ein Vorschlag von mir, anhand dessen wir dann auch sehen können, ob und inwieweit das angenommen wird und ob und inwieweit man es handhaben kann. Ich persönlich bin jetzt nur bedingt in der Lage, von einem solchen Stream aus zu beurteilen, wie das eigentlich funktioniert.

Ich gehe davon aus, dass jetzt Anmerkungen kommen, und ich gehe dann davon aus, dass, wenn Anmerkungen kommen, sie Herr Voges diese für uns aufbereiten und wir damit einen Input haben, möglicherweise auch schon zu unserer nächsten Sitzung am 5. März. Das ist ein Themenvorschlag, und ich lade noch einmal ein: Wer hat Anmerkungen zur Gestaltung des Forums? - Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich würde gerne daran anknüpfen. Mir scheint es sehr wichtig zu sein, dass man von vornherein versucht, eine gewisse Strukturierung hineinzubringen. Sie haben gerade eben ein Beispiel, wenn ich das richtig verstanden habe, genannt, was unsere Arbeitsgruppe angeht; das würde ich gern unterstreichen wollen: Öffentlichkeitsbeteiligung oder wie auch immer wir den Arbeitstitel nennen.

Wir sollten weitere Themen identifizieren, die einer Strukturierung dienen, womit die Bearbeitung sicherlich deutlich erleichtert wird. Es wäre sicherlich hilfreich, wenn wir dort die anderen Arbeitsgruppen einfach bäten, von ihrer Seite zu identifizieren oder vorzuschlagen, welche Themen sie denn in den Fokus nehmen wollen, jetzt am Anfang, zum Beispiel Auswahlverfahren oder Auswahlkriterien oder Alternativen, Grundsatzfragen, sodass wir mit Blick auf die jetzt begonnenen bzw. in Arbeit befindlichen Themen möglichst früh den Input bekommen. Ich hielte es für sehr hilfreich, wenn wir eine entsprechende Strukturierung im Forum hätten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. - Also, mein Vorschlag war Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Standortauswahlgesetz, und Ihr Vorschlag wäre, dass wir die anderen Arbeitsgruppen auch bitten, jetzt einmal ein Hauptthema zu nennen. Wenn wir dann vielleicht noch eines aus der Kommission nähmen, Rückholbarkeit oder so, dann hätten wir vier Themen, und damit könnten wir das beginnen und hätten dann die Möglichkeit, es nach ein paar Wochen auch auszuwerten.

Dies ist, wie gesagt, mit der Bitte verbunden, dass Herr Voges uns dann immer wieder eine Art Zusammenfassung gibt oder uns führt, wenn es eine Vielzahl von Beteiligung geben sollte. Die Erfahrungen der Deutschen Umweltstiftung, die vergleichbar auch gestartet ist, zeigen, dass man wohl nicht überlaufen wird. Deshalb wird die Arbeit von Herrn Voges sich da, auch wenn ich ihn mehrfach genannt habe, noch in Grenzen halten. Aber wir wollen quasi nicht mit dem Wenigen beginnen, sondern wir wollen ja sehen, dass es sich ausbaut. Daher ist dies die Bitte, dass wir so starten können.

Gibt es noch weitere Anmerkungen zu dem Forum unter dem Gesichtspunkt Freischaltung des Forums, die nächsten Tage Test in der Praxis, Rückmeldung nächste Sitzung? - Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, zum Ersten noch eine kurze Ergänzung zu der Strukturierung des Forums: Wir sollten dann, wenn wir konkrete Themen nennen, immer ein Auffangbecken in Form von Sonstiges haben, sodass diejenigen, die sich bei den Themen nicht wiederfinden oder andere Anmerkungen haben, ebenfalls eine Rubrik finden.

Zum Zweiten wäre es sicherlich hilfreich, einen gut sichtbaren Hinweis zu bringen, dass dieses Forum nicht das einzige Instrument der Beteiligung sein wird, sodass aus dem Forum erkennbar ist, dass wir auch an anderen Beteiligungsformaten arbeiten.

Das Letzte von meiner Seite wäre, dass wir deutlich machen, was mit den Forumsbeiträgen passiert, sodass derjenige, der dort einspeist, erkennen kann: Wird das jetzt verarbeitet, möglicherweise veröffentlicht? Ob wir ihm die Alternative stellen, weiß ich nicht. Aber das wären aus meiner Sicht wichtige Informationen für denjenigen, der sich beteiligen möchte: Was passiert mit dem Beitrag?

Das kann allerdings, wenn ich das noch eben ergänzen darf, durchaus gestaffelt passieren. Ich bin sehr dafür, dass wir das sehr zeitnah freischalten und dann im Ernstfall sukzessive verbessern, wenn es aus technischen Gründen notwendig ist.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, ich rufe Frau Rössig und Herrn Grunwald auf und würde dann Herrn Voges noch einmal bitten. Er hat schon eine Art Einleitungstext gemacht. Ich möchte jetzt nicht hier den einzelnen Text durchgehen, sondern Ihre Anmerkungen, Herr Jäger, dann mit aufnehmen. Ich würde dann nur noch einmal bestätigend von Herrn Voges hören wollen - dafür wäre ich auch sehr -, dass der Text diese Elemente mit aufnimmt. - Frau Rössig, bitte.

Wibke Rössig: Vielen Dank; Entschuldigung, ich hatte da gerade ein technisches Problem.

Wir haben zum einen grundsätzlich Kritik insofern geäußert, dass wir davon ausgehen, dass ein Forum nicht die geeignete Form ist; damit sind wir auch im Konsens mit den Experten, die auch alle angemerkt hatten, dass es vermutlich schwierig sein werde, über ein solches Format so etwas zu machen.

Wir denken, dass es Abstimmungsmöglichkeiten geben muss. Definitiv klar ist: Es muss ganz deutlich werden, in dem Text und auch in den Nutzungsbedingungen - ich weiß nicht, wie es da gefasst war -, welche Einflussmöglichkeiten es denn gibt: Wie wird das rezipiert in der Kommission? Was passiert da? Wie kommt die Rückmeldung?

Das muss dort aufgeführt werden; das ist aktuell nicht drin. Das sind aktuell einfach die Nutzungsbedingungen des Forums des Bundestages; aber das ist meines Erachtens für diesen speziellen Zweck nicht passend. Anderenfalls besteht einfach die Gefahr, dass es in einem luftleeren Raum agiert. Ich glaube, damit ist niemandem geholfen.

Unsere Anmerkung hinsichtlich der Redaktion hat sich inzwischen geklärt; das war damals noch nicht klar. Ich denke, es ist eine große Arbeit, die Redaktion dafür zu übernehmen, die Aufbereitung von Fragen, die Moderation etc.

Aber vor allen Dingen muss eben geklärt werden, welche Relevanz das hat, und es muss auch noch deutlicher werden, was erlaubt ist und was nicht erlaubt ist. Das ist ein bisschen angedeutet. Aber es ist überhaupt nicht aufgeführt, was passiert, wenn jemand gegen die Regeln verstößt: Was genau passiert, was sind denn die Instrumente? Wird jemand dann aus dem Forum gesperrt, wenn er dort etwas schreibt, das irgendwie despektierlich ist? Das steht einfach nicht drin.

Weitere Fragen sind: Wer entscheidet das? Wer entscheidet, wer da ausgeschlossen werden kann und wann und wie? Entscheidet das die Kommission, entscheidet das Herr Voges? Das alles ist

nicht geklärt; insofern halte ich es für schwierig, da schon zu starten.

(Jürgen Voges (BT) begibt sich zu Frau Rösing und übergibt ihr eine Unterlage - Jürgen Voges (BT): Das sind die Regeln, der Einleitungstext!)

- Ist das der gleiche, oder ist der neu? - Nein. Na gut. - Danke.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Ich glaube, dass wir bezüglich der Vorstellungen, was mit den Informationen erfolgt, die Bitte haben, dass das entsprechend in dem Einleitungstext noch deutlich erläutert wird, soweit ein Einleitungstext dies erläutern kann; denn wir haben zunächst einmal eine Form, die heißt, dass Input über dieses Forum erfolgt.

Die Frage, wie wir damit umgehen, bedeutet sicherlich einen lernenden Prozess. Ich würde nicht wollen, jetzt mit zwei Sätzen den Eindruck zu erwecken, als sei letztendlich die Einsatzmöglichkeit dieses Forums schon abschließend beurteilt. Deshalb würde ich da gerne einen Kompromiss dergestalt vorschlagen, dass Herr Voges den Text, den er hierzu entwickelt hat, im Lichte unserer Diskussion hier noch einmal weiterentwickelt, und dass der Text in den nächsten zwei Tagen noch einmal herumgeschickt wird, und zwar - ich wiederhole es, im Lichte der Diskussion - mit einer Formulierung, die zeigt, dass wir auch noch lernen wollen, wie wir damit umgehen.

Ich hielte es jetzt für falsch, wenn wir die gesamte Konzeptionierungsdiskussion, die ganze Diskussion über das Konzept der Beteiligung, die Diskussion über die Einflussmöglichkeiten, die Beteiligung haben kann, jetzt über zwei, drei Sätze zu erschließen versuchen, die Herr Voges formuliert. Das wird nicht möglich sein.

Trotzdem erachte ich es als richtig, dass wir uns ein Stück weit auch herausfordern, indem dort

steht: Es ist nicht nur letztendlich eine „Quassel-dose“, sondern - das können Sie möglicherweise mit aufnehmen - wir haben die Fragen der Internetbeiträge als ständigen Tagesordnungspunkt in der Arbeitsgruppe 1, und wir haben einen Redakteur, der die Sachen auswertet und hier Diskussionsvorschläge macht. Das sind schon zwei Elemente.

Hinzu sollte der Hinweis kommen, dass wir die Frage, welche Einflussmöglichkeiten die Beteiligungen haben, als eine Herausforderung und gleichzeitig auch als ein Element sehen, das wir auch bezüglich anderer Medien, die wir nutzen, weiter ausloten wollen, sodass die Beiträge auf alle Fälle - im Juristendeutsch gesprochen; da rufe ich schon etwas auf - berücksichtigt werden. Das wird wahrscheinlich vielen nicht ausreichen, und deshalb müssen wir gemeinsam darum ringen, ob wir für die Beteiligungsbeiträge, je nachdem, welche Inhalte sie haben, dann auch mehr erschließen können.

Ich bitte Sie, dass wir den Text in dieser Weise noch einmal überarbeiten und dass diese Überarbeitung es dann in den nächsten zwei Tagen ermöglicht, dass wir es freischalten.

Die Frage, was wird, wenn, werde ich noch einmal zur Diskussion stellen, nachdem ich drei Sätze persönliche Meinung genannt haben werde. Ich persönlich fände es jetzt nicht so gut, wenn wir in eher deutscher Manier jetzt schon antiproaktiv hineinschrieben, wer wann durch wen warum ausgeschlossen werden kann. Da würde ich Ihnen vorschlagen, dass wir das mit einem Verweissatz zunächst einmal in Bezug nehmen, aber im Übrigen erst die Praxis auf uns zukommen lassen, um nicht jetzt zwei Sätze zum Dialog und sieben bis neun Sätze zu Verboten und Geboten zu schreiben. Lassen Sie uns das vielleicht mit einem Verweissatz zunächst einmal verwalten, und wenn es zu Problemen kommen sollte, dann diskutieren wir es und bewältigen das Problem.

Das wäre mein Vorschlag; dann könnten wir es an dieser Stelle auch schmal halten und die Schwerpunktbildung im Vordergrund haben, nämlich dass wir zum Dialog einladen.

Das Wort Dialog heißt in dem Fall aber, dass wir nicht zusagen, dass wir dem Einzelnen eine individuelle Antwort geben; das wäre momentan überzogen. So weit sind wir noch nicht, ob und inwieweit wir das wollen. Deswegen wäre die Bitte an Herrn Voges, das ein bisschen offener zu formulieren, es aber nicht zu verschleiern, sondern in dem Sinne: Wir wollen lernen; wir sind aber momentan nicht so aufgestellt, dass wir mit dem Einzelnen in Dialog gehen, sondern wir dialogisieren dadurch, dass wir Sie als ständigen Tagesordnungspunkt haben und dass wir die von uns identifizierten wichtigen Themen herausnehmen.

Gibt es dazu noch andere Vorstellungen, Anmerkungen? - Herr Grunwald, bitte.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich bin ja, glaube ich, auch noch von eben auf der Liste.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Sorry.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Herr Gaßner, erst einmal: Wenn ich jetzt etwas sage, bitte nicht erschrecken. Ich bin dafür, das im besprochenen Wege durchzuführen. Man könnte ja - das ist jetzt aber nur halb ein Witz - oben darüber schreiben: Es gelten die Prinzipien der Diskursethik nach Habermas. Dann wäre irgendwie alles geregelt.

Nein; ich wollte Folgendes sagen: Das ist hier kein spezielles Problem in dieser Frage der Endlagerung, sondern es ist ein Grundsatzproblem, was man mit Onlinebeteiligung überhaupt erreichen kann, welche Erwartungen man da erfüllen kann und welche auch nicht und wie man sich vielleicht irgendwie vor Enttäuschungen schützen kann.

Das ist ein Kommunikations- und Beteiligungs-instrument, das wir noch nicht gut kennen. Da

sind vor zehn, 15 Jahren die großen Hoffnungen in die Welt gesetzt worden, dass man da irgendwie die Welt zum globalen Dorf macht, alle Hierarchien abbaut und alle da von gleich zu gleich miteinander reden. Heute sehen wir, wie schwierig das ist und wie viel es eben auch bisher nicht verstanden ist.

Nur ein Beispiel: Wer beteiligt sich denn da? Das weiß man ja nicht. Wenn wir Öffentlichkeitsbeteiligung machen, dann im Sommer oder im Herbst, dann sitzen wir zusammen irgendwie, und dann ist man Face to Face, dann sitzt man sich gegenüber und nimmt sich gegenseitig auch als Menschen irgendwo ernst. Das Internet ist anonym; da weiß man nicht, wer oder was da so spricht. Demnächst können vielleicht auch Roboter mal sprechen; man merkt es aber nicht. Das ist einfach eine andere Form. Ich glaube, die Anonymität macht uns da zu schaffen, weil wir da eben oft nicht wissen, was passiert.

Frau Rössig, Sie hatten über Abstimmungsmodalitäten gesprochen. Wenn Sie mit Abstimmen Voting meinen, dann empfinde ich das aus demokratischer Sicht als ganz schwierig, weil man ja, wie gesagt, nicht weiß, wer dahintersteht. Dann beteiligen sich vielleicht 10 000, und dann heißt es in der Presse, Riesenbeteiligung. Aber wie viel sind 10 000 bei 80 Millionen Bundesbürgern, und wer sind diese 10 000? Es ist ja kaum anzunehmen, dass sie repräsentativ sind. Da stehen also ganz schwierige Fragen im Hintergrund, und deswegen sehe ich das fast auch ein bisschen als ein Experiment.

Ich bin dafür, das zu machen, bin aber durchaus erst einmal sehr offen in Bezug auf die Erwartungen. Ich weiß nicht, was da kommt und wie wir dann letztlich damit umgehen werden. Das ist so ein bisschen Fahren auf Sicht. Wir hoffen - das habe ich hier auch schon herausgehört -, dass die Zahl der auf diese Weise sich Beteiligenden irgendwie handhabbar bleibt. Wenn es Tausende oder Zehntausende werden, dann weiß ich schon kein Verfahren mehr, wie man noch irgendwie damit umgehen kann. Das ist ein Experiment,

und das würde ich hier gern auch ganz offen als solches bezeichnen, damit da nicht falsche Erwartungen geweckt werden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wenn es noch einen oder zwei Beiträge gibt, dann könnten wir die jetzt noch machen. Sonst würde ich deshalb gerne zur Abstimmung kommen, weil wir - selbstverständlich nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass das Internet auch im Standortauswahlgesetz genannt ist - diesen Beitrag mehrfach behandeln müssen: Wir werden uns mit der Frage Funktion des Internets im Beteiligungsprozess mehrfach beschäftigen müssen.

Ich danke Ihnen erst einmal für den Hinweis und sehe es auch noch einmal, dass man den Versuch macht, diesen Text, der das Internetbürgerforum jetzt einleitet, in dem Sinne um ein paar Sätze von Substanz zu ergänzen, um gerade das, was ich Lernprozess nannte und was Sie als Fahren auf Sicht bezeichnet haben, zu dokumentieren. - Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Ein Punkt ist zwar für diese Arbeitsgruppe genannt worden, aber wenn wir sagen, wir eröffnen das thematisch sinnvollerweise für die anderen Arbeitsgruppen und auch für die Gesamtkommission, dann, meine ich, muss damit verbunden sein, dass auch eine Befassung, wie auch immer sie dann konkret aussieht, mit dem, was da entsteht, erfolgen muss. Gerade für die Gesamtkommission, die dann ja auch im Livestream ist, gilt: Es muss sichtbar erfolgen. Ich meine, es muss schon einen Schritt weiter sein, als es im Moment beim Umgang mit den Zuschriften ist. Möglicherweise ist es dann auch inhaltlich auf einer anderen Stufe.

Aber wenn wir dieses neue Instrument einführen, geht es tatsächlich auch darum, keine falschen Erwartungen zu wecken; das ist das Mindeste. Tatsächlich muss man auf Sicht fahren und gucken, was da kommt; das wird sich einspielen. Aber es muss völlig klar sein: Wenn sozusagen Themen aus anderen Arbeitsgruppen oder auch von der Gesamtkommission da sind,

dann muss sich das auch in den Sitzungen widerspiegeln, dann muss es einen tatsächlich auch für Draußen erlebbaren Umgang damit geben. Das ist dann die Voraussetzung.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Würde es aus Ihrer Sicht zunächst einmal ein erster Schritt sein, wenn auch die Kommission sich dazu versteht, die Zuschriften nicht als letzten Tagesordnungspunkt, sondern Zuschriften und Auswertung der Internetbeiträge als einen ständigen Tagesordnungspunkt relativ weit vorn zu sehen? Das würde auch die Kommission dazu anhalten, sich dann dazu zu verhalten, durchaus auch dazu, wie wir es das letzte Mal am Rande gemacht haben, dass es einzelne Beitragsfluten gibt, die gegebenenfalls dann nicht jedes Mal aufgerufen werden, um das vorsichtig auszudrücken. Natürlich ist so ein Forum für alle offen.

Das wäre sozusagen auch wiederum der Einstieg. Das kann es nicht erschöpfen; aber wir würden dann auch die Kommission bitten - das würden wir dann noch als Vorschlag der AG 1 aufnehmen -, die Kommission solle bitte das Thema Zuschriften/Internetbeiträge als einen der ersten Tagesordnungspunkte aufrufen, um deutlich zu machen, dass man sich diesen Fragen stellt, um zu lernen, ob es dann eine Menge wird, die eine andere Behandlung erfordert als eine redaktionelle Aufbereitung oder ob wir damit zunächst einmal den Einstieg auch haben. - Findet es Ihre Zustimmung, dass wir diese Empfehlung an die Kommission abgeben?

Dann wäre die Frage an die Geschäftsstelle: Steht der Freischaltung dieses Forums etwas entgegen, mit der Maßgabe, dass wir uns bezüglich eines erweiterten Textes bemühen, und mit der Maßgabe, dass wir uns zu dem Thema Abstimmung, das Frau Rössig genannt hat, jetzt insoweit nicht verhalten, als dass wir das mit auf die Agenda nehmen, und zwar insgesamt in dem Sinne, in dem es auch Herr Grunwald gesagt hat, dass wir die Frage des Umgangs mit dem Internet auch als einen weiteren Lernprozess für uns erachten, der jetzt aber der Freischaltung nicht entgegensteht,

sondern dass wir jetzt in die Praxis gehen, um dann tatsächlich auch die Erfahrungen machen zu können? - Ich sehe Nicken von den AG-Mitgliedern. Dann wäre jetzt die Frage: Gibt es aus Sicht der Geschäftsstelle jetzt noch Fragen, die wir erörtern sollten, die der Freischaltung entgegenstehen könnten?

Jürgen Voges (BT): Ich bitte auch in diesem Fall um präzise Vorgaben, weil ich ja derjenige sein werde, der diesen Text schreibt. Bisher umfasst er drei Absätze. Wenn ich die Anregungen von Herrn Gaßner in der Gänze aufnehmen würde, würde es sicherlich sehr viel länger werden. Ich habe versucht, das knapp und auch einladend zu gestalten. Bisher steht zur Berücksichtigung nur:

Hier können sich Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Beiträgen am Meinungsbildungsprozess der Kommission beteiligen.

Dann könnte man noch den Satz einfügen:

Die Kommission wird über Ihre Vorschläge sprechen.

Mehr geht nicht; man kann ja nicht sagen, sie wird sie übernehmen. Das könnte man an dieser Stelle noch aufnehmen, und dann:

Es gibt auch noch andere Formen der Bürgerbeteiligung.

Wäre das dann so ausreichend?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich bin jetzt ein bisschen skeptisch, ob man jetzt eine zwanzigminütige Diskussion in einem Halbsatz erschöpfen lassen sollte. Das müssten wir dann möglicherweise - - Ich kann jetzt versuchen, es zu diktieren.

Jürgen Voges (BT): Nein, nein.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde den Vorschlag so ergänzt wissen wollen, dass Sie sagen, was die Einflussmöglichkeiten angeht, hat sich die Arbeitsgruppe darauf verstanden, dass sie das als einen bevorzugten Tagesordnungspunkt in jeder Sitzung behandelt, und dass der individuelle Dialog noch nicht eröffnet ist, weil wir davon ausgehen, dass das inhaltlich ausgewertet wird und nicht mit Einzelpersonen in eine Dialogform kommt, und dass damit gewährleistet ist, dass die Beiträge eine Berücksichtigung in der Arbeit finden.

Der dritte Satz wäre der, dass wir uns darauf verstehen, die Frage Einsatz des Internets immer weiter zu entwickeln und zu überprüfen, sodass ihre Beiträge als ein Beitrag zur Lernfähigkeit oder zum Arbeiten auf Sicht aufgenommen werden, dass wir also mit dem Eröffnen des Forums noch nicht am Ende der Gestaltung sind.

Wenn es so sechs, sieben Sätze in diese Richtung werden, denke ich, dass wir dann sehr einig sind. - Herr Jäger hatte sich noch einmal gemeldet.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Sie haben es jetzt quasi schon strukturiert. Aber ich wollte einfach noch einmal an Ihren Vorschlag erinnern. Ich hatte Sie so verstanden, dass das, was hier diskutiert worden ist, Eingang in den einleitenden Text und in die ergänzenden findet, dass das rundgeschickt wird und dass das innerhalb von zwei bis drei Tagen zu einem Feedback führt, und dann hätten wir es. Dann hätten Sie Gelegenheit, in Ruhe das intern noch einmal zu besprechen, und ansonsten wir Gelegenheit, noch einmal zu checken, ob es denn den Beiträgen entspricht, und dann können wir loslegen.

Vielleicht in diesem Zusammenhang noch ein Hinweis: Ich hatte eben angeregt, dass wir die anderen Arbeitsgruppen und auch die Kommission bitten, mit Blick auf die Strukturierung des Forums Themen zu nennen. Wir sollten das tun und dabei zugleich übermitteln, dass dies auch bedeutet, dass man sich damit auseinandersetzt,

will heißen: Wenn man zum Beispiel als Arbeitsgruppe 3 oder 2 ein Thema nennt, dann muss man auch das Commitment eingehen und sagen, was unter diesem Thema aufläuft, muss in der entsprechenden Arbeitsgruppe oder auf der Kommissionsebene dann auch sozusagen verdaut werden.

Das könnte im Umkehrschluss bedeuten, dass schneller Start des Forums bedeutet, dass wir erst einmal exklusiv mit dem Thema Bürgerbeteiligung starten. Das können wir aus der Arbeitsgruppe heraus sicherlich klar so definieren – ich gehe davon aus, dass wir dieses Commitment hier geben –, dass wir uns mit diesen Beiträgen beschäftigen und sukzessive dann ergänzen, so wie die anderen Arbeitsgruppen die Themen genannt haben und sich auch überlegt haben, dass sie darauf entsprechend reagieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, herzlichen Dank, Herr Jäger. - Ich würde das dann auch so aufgreifen wollen. Ich bin davon ausgegangen, dass diese Vorschläge, die Sie genannt haben, Vorschläge sind, die dann von der Geschäftsstelle auch weiter verwaltet werden.

Der erste Vorschlag war Thema Öffentlichkeitsbeteiligung nach dem Standortauswahlgesetz. Der zweite Vorschlag war die Einladung an die AG 2; sie können wir gleich in der gemeinsamen Sitzung überbringen. Analog würden wir die AG 3 ansprechen, dass sie auch ein Thema nennt.

Mein Vorschlag war noch, dass wir weiter viertens die Kommission auf ein Thema ansprechen. Sie hatten noch den Vorschlag für das Sonstige gemacht, sodass wir insgesamt fünf Themenvorschläge haben, von denen wir drei sofort starten können und die anderen zwei innerhalb von Tagen wahrscheinlich nachliefern, wenn die Vorsitzenden der Kommission entschieden haben, welches Thema sie als geeignet ansehen. Ich nenne einmal exemplarisch die Frage der Rückholbarkeit, damit wir dafür schon einen Arbeitstitel haben. Aber das ist jetzt kein Vorschlag, sondern

ein Diskussionsbeitrag. Ich möchte das nicht von uns aus bestimmen wollen.

Wir hätten dann noch die Bitte an die AG 3. Diese Bitte würde ich Herrn Thomauske und Herrn Grunwald übergeben, dass Sie beide überlegen, welches Thema aus der AG 3 kommt. Dann hätten wir da auch schon Ansprechpartner. Damit müssten wir innerhalb von Tagen dann fünf Themen haben. Ich gehe davon aus, das Einstellen von Themen ist wiederum keine weitere Sache.

Dann wäre meine letzte Bitte, bevor wir den Kreis der Sitzungsteilnehmer erweitern, dass Herr Voges auch eine Überlegung anstellt, dass wir eine Presseerklärung herausgeben, in der deutlich wird, dass dieses Forum freigeschaltet ist, sodass wir auch die Presse mit informieren und damit hoffentlich eine Multiplikation bekommen, dass mehr Leute davon wissen, dass die Endlagerkommission jetzt ein Bürgerforum eingerichtet hat. Auch darin sollte zum Ausdruck kommen, dass dieses Bürgerforum sich als ein lernendes versteht, was Beteiligung und Internet heißt, sodass wir auch da schon zum Ausdruck bringen, dass wir nicht am Ende sind, sondern in der Diskussion und im Erproben.

Dann darf ich fragen und bitte insoweit auch um Förmlichkeit. Ich würde gerne zur Abstimmung stellen, dass das Internetforum mit der Maßgabe dieser Themenvorschläge und Themenergänzungen und mit der Maßgabe eines noch einmal herumgereichten Einleitungsschreibens dann freigeschaltet wird. Wer für dieses Vorgehen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Wer spricht sich dagegen aus? - Mit einer Gegenstimme haben wir hiermit eine Möglichkeit eröffnet, dass das Internetforum jetzt tatsächlich nach einigen Wochen, um das vorsichtig auszudrücken, seinen Weg findet.

Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten, damit wir die Möglichkeit haben, uns dem Catering zu widmen, und würde dann die Begrüßung der anderen Mitglieder mit aufnehmen wollen.

(Unterbrechung von 13:05 bis 14:40 Uhr)

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wir setzen die Sitzung fort. Wir haben am heutigen Nachmittag zunächst den

Tagesordnungspunkt 4

Auswertung der 9. Sitzung der Kommission am 2. Februar 2015 betreffend Beteiligung der Öffentlichkeit an Kommissionsarbeit

Wir haben Herrn Janß eingeladen, uns den Stand der Umsetzung unserer Beschlussfassung vom 2. Februar darzustellen.

Wir haben unter dem dann folgenden Tagesordnungspunkt die Frage zu erörtern, wie wir die nächsten Sitzungen gestalten. Dazu hatte ich gerade in der gemeinsamen Sitzung schon etwas skizziert, was ich dann noch weiter zur Diskussion stellen wollte.

Wir haben dann noch Punkte, was die Erweiterung/Einbeziehung oder die Gespräche mit anderen angeht, was ich gerade gegenüber Herrn Fuder sagte. Das wären die drei Tagesordnungspunkte, die wir momentan noch haben.

Nachdem jetzt alle wieder zusammengekommen sind, würde ich Herrn Janß bitten, zunächst einmal darzustellen, was die Geschäftsstelle veranlassen konnte und vorhat, auf den Weg zu bringen.

MR Dr. Eberhard Janß (BT): Vielen Dank. - Wir hatten heute kurz vor der Sitzung noch Gelegenheit, uns über das Thema auszutauschen. Aus Sicht der Geschäftsstelle gibt es einige Fragen, die in der heutigen Runde der Klärung bedürfen.

In der 9. Sitzung war Thema die Beauftragung der von der AG 1 gewünschten Leistungen, Stichworte: Auftaktveranstaltung und Beteiligungskonzept. In der Sitzung ist die Möglichkeit angesprochen worden - damit komme ich zur ersten Fragestellung -, die Auftaktveranstaltung der Kommission eventuell in den Liegenschaften des

Deutschen Bundestages durchzuführen. Insoweit, um gegebenenfalls zügig die Leistungen in Auftrag geben zu können, bedarf es dringend einer Entscheidung. Von den Räumlichkeiten her wäre die Nutzung des Foyers PLH eventuell möglich. Es gibt aber mehrere Punkte, nach denen mir das Delta zwischen den Vorstellungen der AG, insbesondere dem Wunsch „Leistungen aus einem Guss“ zu erhalten, und den Details, die mit einer Durchführung der Auftaktveranstaltung beim Bundestag zu beachten wären, etwas groß erscheint. Ich will folgende Punkte nennen.

Erster Punkt. Voraussichtlich wäre keine deutliche Kostenersparnis die Folge, weil die Kommission die Kosten zu übernehmen hätte. Zweiter Punkt. Es blieben Leistungen - beispielsweise voraussichtliche Gestaltung von Stellwänden, Flyern, Gestaltung und Versand von Einladungen, Moderation -, die extern beauftragt werden müssten, und es bedürfte für die Veranstaltung einer Genehmigung durch den Präsidenten. Der Antrag müsste im Sinne einer frühzeitigen Terminreservierung sinnvollerweise im März gestellt werden. Zu dem Zeitpunkt bedürfte es dementsprechend schon der Kenntnis verschiedener Eckpunkte, die für die Antragstellung benötigt werden, wie Zeitrahmen, voraussichtliche Teilnehmerzahl, Unterstützung durch Umweltausschuss, insbesondere aber auch die Darlegung eines parlamentarischen Bezuges durch Anwesenheit der Abgeordneten und Mitwirkung bei einem Programmpunkt. Es scheint mir schwer vorstellbar, dass die hierzu nötigen Angaben für einen Antrag auf Genehmigung der Veranstaltung schon im März gemacht werden können, zu einem frühen Zeitpunkt, zu dem das Konzept für die Auftaktveranstaltung noch nicht vorliegt.

Deshalb wäre meine Anregung insoweit, dass sich die AG darauf verständigt, dass die Auftaktveranstaltung in Berlin - ich denke, darauf wird es hinauslaufen; das war ein Grundkonsens, ist aber auch noch einmal eine Frage an Sie -, aber außerhalb der Liegenschaften des Deutschen Bundestages durchgeführt wird. Die entsprechenden Leistungen könnten dann im Folgenden in

einem Guss in Auftrag gegeben werden. Soweit vielleicht im Vorgriff auf die weiteren Punkte. - Herr Gaßner, Sie nicken. Möchten Sie kurz das Wort ergreifen?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Nein, ich wollte Sie nur unterstützen. Es steht jetzt die Frage im Raum, ob diese Veranstaltung in Berlin stattfindet und ob sie in den Räumlichkeiten des Deutschen Bundestages durchgeführt werden sollte. Meinem Verständnis nach sollte die Idee, es im Deutschen Bundestag zu machen, zu Vereinfachungen führen. Da diese bei näherer Überprüfung so nicht gegeben sind, würde ich es sehr begrüßen, wenn wir uns dafür entscheiden, an einen anderen Ort zu gehen, da das aus meiner Sicht eine zu starke Enge darstellen würde. Aber wir bräuchten es jetzt gar nicht weiter inhaltlich zu diskutieren. Die Geschäftsstelle schlägt Berlin, aber außerhalb des Bundestags vor. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist: Die Geschäftsstelle hat auch die entsprechenden Überlegungen angestellt, dass wir bei der Frage der Durchführung der Veranstaltung den Schwerpunkt auf die Konzeptionierung legen. Das heißt, dass man den Teil der Dienstleistung eher untergeordnet betrachtet, sodass dann die konzeptionelle Tätigkeit im Paket mit der Durchführung gemacht werden könnte. Dann wäre es so, dass recht kurzfristig eine Ausschreibung dergestalt erfolgen sollte, dass mehrere Angebote eingeholt werden.

Das wäre der Zwischenstand zu dem Punkt. Besteht da Diskussionsbedarf? - Frau Rössig, bitte.

Wiebke Rössig: Mich würde einfach interessieren, wie der Ablauf von der Detailplanung her ist, also wie die Mitglieder der AG über die weitere Ausschreibung oder den Angebotseinholungstext - oder wie man das nennt - befinden. Wird der ihnen noch einmal vorgelegt, oder wie soll das laufen? Wird es eine Einzelentscheidung, wie Sie sie uns jetzt dargestellt haben - in Berlin, aber außerhalb des Bundestages -, auch in anderen Detailfragen geben?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich persönlich habe noch keinen Standpunkt dazu. Den können wir uns gemeinsam erarbeiten. - Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich möchte nachfragen, ob ich etwas richtig verstanden habe, und daraus auch eine Frage für das Timing ableiten. Habe ich es richtig verstanden, dass wir jetzt eine Ausschreibung machen, die sich primär mit Konzeption und Durchführung der Auftaktveranstaltung beschäftigt? Wenn ja, wann wäre damit zu rechnen, dass das Ergebnis in Form einer Beauftragung vorliegt, die uns dann in der Folge - davon gehe ich einmal aus - auch in die weitere Gestaltung dieser Auftaktveranstaltung mit Unterstützung des so gewonnenen Dienstleisters einbringt. Ist das das richtige Verständnis?

Konkret habe ich die Frage: Wie sieht der zeitliche Ablauf aus? Wann könnte der externe Dienstleister an Bord sein?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich möchte die Wortmeldung von Herrn Becker zunächst zurückstellen und Herrn Janß bitten - insoweit habe ich die Diskussion zu schnell eröffnet -, auch noch zu dem Punkt „Unterstützung der Konzeptentwicklung“ Stellung zu nehmen, weil ja auch der Vorschlag vorliegt, dass wir die Konzeptionierung der Veranstaltung, die Konzeptentwicklung nicht trennen.

MR Dr. Eberhard Janß (BT): Wenn ich einmal annehme, dass - so habe ich das Schweigen eben gedeutet - der Wunsch besteht, die Veranstaltung außerhalb der Liegenschaften des Bundestages durchzuführen, liegt es nahe, wie Herr Gaßner gesagt hat, die konzeptionellen Leistungen in den Vordergrund zu stellen, sie zu bündeln. Es war ja auch eine Wunschvorstellung der AG 1, möglichst alles aus einem Guss zu erhalten. Da mag eine gewisse Abhängigkeit dann von einem Auftragnehmer, in dessen Hände man sich begibt, bestehen. Aber es findet ja auch eine Auswahl statt. Dazu komme ich gleich noch im Einzelnen.

In jedem Fall liegt es nahe, Konzeptionierung und Durchführung der Auftaktveranstaltung gemeinsam an einen Auftragnehmer zu vergeben. Abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Leistungsbeschreibung wird das voraussichtlich im Wege der freihändigen Vergabe möglich sein. Das bedeutet die Einholung von mindestens drei Angeboten.

Wenn es gewünscht ist - das schien mir so der Fall zu sein -, könnte in dieses Paket - wiederum unter dem Gesichtspunkt: Leistungen aus einem Guss - auch noch die Ausformulierung des Beteiligungskonzeptes eingebunden werden, sodass man die Bausteine Beteiligungskonzept, Konzept Auftaktveranstaltung und als Appendix Durchführung Auftaktveranstaltung in einem Paket an einen Auftragnehmer vergeben würde, wer auch immer das letztlich sein mag.

Vom Auftragswert her sähe es voraussichtlich so aus - insoweit ein kleiner Vorbehalt; den muss ich vorsorglich anbringen -, dass das Gesamtpaket unterhalb des EU-Schwellenwertes liegt, sodass eine freihändige Vergabe möglich ist, auch weil die Leistungsbeschreibung im Detail gar nicht abschließend gefertigt werden kann.

Wenn Sie es wünschen, mindestens die Auftaktveranstaltung, wenn möglich, auch das Beteiligungskonzept, so zu vergeben, würde das vom Ablauf her so ausschauen: Die Geschäftsstelle würde zügig Eckpunkte zur Angebotseinholung erarbeiten, ähnlich wie Sie es schon von dem Entwurf zur Einholung des Rechtsgutachtens zum Thema Vereinbarkeit mit EU-Recht kennen. Diesen Entwurf würden wir selbstverständlich mit den Vorsitzenden der AG abstimmen und, sofern Sie weiter die Abstimmung wünschen, auch mit der AG, gar keine Frage, und auch mit den Vorsitzenden der Kommission, sodass am Ende ein Papier entsteht, in dem alle Gesichtspunkte, die, was die Konzepte und die Veranstaltung angeht, Berücksichtigung finden. Es würden dann mögliche Auftragnehmer um Abgabe eines Angebots und Zuleitung eines Exposés gebeten werden, eines Exposés, auf dessen Grundlage dann

auch anhand von zuvor festgelegten Kriterien die Zuschlagsentscheidung getroffen werden kann.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Janß. - Ich darf bei der Gelegenheit Dr. Hagedorn begrüßen - er hat sich mir gerade vorgestellt -, der der Geschäftsführer der Firma DEMOS ist. Sie alle haben die Interessensbekundung der Firma DEMOS bekommen.

(Wiebke Rössig: Wer hat das bekommen?)

- Es gibt ein Schreiben mit einer Interessensbekundung. Ich wusste nicht, welchem Kreis es zugegangen ist. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir in öffentlicher Sitzung sind und dass ein Interessent für einen möglichen Auftrag auch in den Zuschauerreihen sitzt. Wir machen ja keine nichtöffentliche Sitzung. Es ist auch nicht geboten, nichtöffentliche Sitzungen zu machen. Das Schreiben kann gerne weitergegeben werden. Es ist an die Geschäftsstelle gegangen, und wir haben es als Vorsitzende bekommen.

Ich denke, dass das grundsätzliche Vorgehen ohne Diskussion bleibt. Das hauptsächliche Problem - darauf möchte ich noch einmal hinweisen - ist, dass wir bestimmte Zeitfolgen in Aussicht genommen haben, die mit diesem Vorgehen hier wohl nicht gehalten werden können. Wir haben die Vorstellung, dass die AG 1 sich in der Lage sieht, der Kommission am 18.05. ein Konzeptpapier zur Erörterung zu geben. Wir haben bis zum 18.05. eineinhalb oder eineinviertel Sitzungen, nämlich die am 05.03. und die am 20.04. um 18 Uhr; das würde ich als eine Viertelsitzung bezeichnen. Das heißt, wir sind jetzt in dem Dilemma, dass die nächste Diskussion, die wir am 05.03. führen, nicht von denjenigen begleitet wird, die uns im Weiteren unterstützen sollen. Im Grunwald'schen Sinne heißt das natürlich, wir müssen mit denen diskutieren. Es ist nicht das Bild - so haben wir es nicht entwickelt -, dass wir jetzt externen Dienstleistern sagen: „Hier nimm und schreib jetzt ein Konzept“, sondern es kann nur so funktionieren, dass die Stände, die

wir haben, sowohl schriftlich als auch protokollmäßig, aufbereitet werden, dass Verdichtungen vorgenommen werden, aber im engen Dialog mit uns. Es wäre die Vorstellung gewesen, dass dieser enge Dialog am 05.03. stattfindet.

Unsere nächste volle Sitzung ist erst nach dem 18.05., nämlich vor Pfingsten. Wenn wir am 18.05. nicht mit einem Konzept in die Kommission gehen, dann wird ein Veranstaltungsformat, das schwerpunktmäßig die Frage des Beteiligungskonzepts in der Auftaktveranstaltung hat, nicht möglich sein. Schwerpunktmäßig heißt nicht ausschließlich; die Diskussion will ich jetzt nicht wieder eröffnen. Aber umgekehrt hatten wir uns, glaube ich, schon darauf verständigt, dass die Auftaktveranstaltung sich nicht darin erschöpfen sollte, den Auftrag der Kommission und der drei Arbeitsgruppen vorzustellen; dazu bräuchten wir kein Konzept. Vielmehr sollte es schon etwas Dynamisches, etwas Dialogorientiertes sein.

Wenn wir das am 18.05. nicht haben, dann ist die Frage, was der Gegenstand der Juni-Auftaktveranstaltung sein soll; denn für die Juni-Auftaktveranstaltung in dem Sinne, wie ich sie gerade dargestellt habe, müsste es zumindest den Entwurf eines Konzeptes geben. Das Konzept muss nicht fertig sein; sonst bräuchten wir auch keine dialogorientierte Auftaktveranstaltung. Aber wir brauchen etwas.

Ich bin jetzt also wieder in einem zeitlichen Dilemma. Ich deute nur an - dann decke ich es auch wieder zu -, dass ich seit Weihnachten die Frage aufgeworfen habe, ob wir nicht auch in einer zeitlichen Not sind. Sie haben in der letzten Kommissionssitzung mitbekommen, dass meinem Begehren endgültig die Gefolgschaft versagt wurde.

Es ist also nicht unwahrscheinlich, dass wir keine gut strukturierte Auftaktveranstaltung im Juni mehr hinbekommen. Das müssen wir mitdiskutieren. Ansonsten ist das, glaube ich, was die Geschäftsstelle jetzt skizziert hat, der Weg. Der

Weg hat eben zwei Elemente: Wir brauchen jetzt den Weg Leistungsbeschreibung. Die Leistungsbeschreibung kann man gegebenenfalls, Frau Rössig, noch einmal abstimmen. Das kann man in ein, zwei Tagen machen. Das ist, finde ich, kein zeitliches Hindernis. Es müsste nur gewährleistet sein, dass es die Auftragnehmer dann nicht früher erhalten. Ich gehe davon aus, dass alle mit einem solchen Vorgehen umgehen können.

Dann würde die Auswertung erfolgen. Dafür braucht man eine Bearbeitungszeit. Ich habe es noch nicht überschlagen. Aber ich gehe einmal davon aus, wir bekommen die Leistungsbeschreibung bis Mitte nächster Woche und stimmen sie bis Ende nächster Woche ab. Wir geben eine Bearbeitungszeit von zehn Tagen. Das ist Quälen von Dienstleistern. Aber das müssen sie dann eben machen. Dann sind wir beim 5./6. März. Dann könnten wir vielleicht zum 5. März Angebote haben. Aber jedenfalls könnten wir zum 5. März keine Einschaltung desjenigen haben, der uns betreuen, begleiten soll. Das ist ein Dilemma, das ich nur aufzeigen kann, weil ich es auch erst seit ein paar Minuten kenne. Ich habe dafür keine Auflösung.

Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Aber vielleicht könnte das ein Ansatzpunkt sein - wohlwissend, dass das ein sehr enger Zeitplan ist; aber wir haben einfach nicht mehr Zeit zur Verfügung -, dass wir uns vornehmen, am 05.03. über die Angebote zu entscheiden oder die Entscheidung zu treffen, wer der Dienstleister sein soll, wobei sich dann natürlich die Frage stellt: Wie ist die Kommission dort mit einzubinden? - Das ist das eine.

Zum Zweiten - noch einmal -: Wenn wir es im Juni oder vor dem Sommer nicht schaffen, dann ist die ganze Geschichte aus meiner Sicht obsolet. Dann war das alles vergebliche Mühe. Deswegen ist die Frage: Wie können wir es schaffen? Das heißt, wie können wir diesen Prozess, den Sie jetzt geschildert haben, so beschleunigen, dass wir tatsächlich beschlussfähig werden und

dass wir auch handlungsfähig werden? Möglicherweise müssen wir doch noch über weitere Sitzungen der Arbeitsgruppe 1 sprechen. Ich würde das nicht ausschließen.

MR Dr. Eberhard Janß (BT): Ich habe gerade mit Herrn Gaßner gesprochen. Wir sind ja hier im Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Das zum einen. Zum anderen hat ja die Kommission der Arbeitsgruppe 1 für ihre Wünsche betreffend die Vergabe der entsprechenden Leistungen - Herr Müller unterbricht mich bitte, sollte ich die Sitzung unzutreffend wiedergeben - in der letzten Sitzung ein grundsätzliches „Go“ gegeben, sodass es für mein Empfinden genügen könnte, in der nächsten Kommissionssitzung über den Sachstand und das voraussichtliche Kostenvolumen zu informieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank, Herr Janß. - Die Zeitfolge ist ja so: Die nächste Kommissionssitzung ist am 2. März. - Entschuldigung, Sie wollten etwas sagen.

Vorsitzender Michael Müller: Ich stimme der Aussage von Herrn Janß zu, will aber eine Ergänzung machen. Ich glaube, das zentrale Problem ist, wie die Kommission die Veranstaltung inhaltlich gestaltet; denn man kann ja nicht einfach hineingehen und sagen: „jetzt diskutiert mal schön“, und dann warten wir mal ab, was dabei herauskommt. Natürlich wollen wir eine offene Debatte haben. Aber man muss ja eine gewisse Strukturierung oder auch Prägung geben. Dafür braucht man - weiß ich nicht - ein paar Thesen oder wie auch immer, damit eine Plattform gegeben ist, über was man diskutiert. Die muss ja vorbereitet werden. Das ist nicht ganz einfach, und das kostet viel Zeit.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Müller, ich habe eine persönliche Meinung dazu geäußert, wie ich es mir ungefähr vorstellen kann. Die Vorstellung war - wie gesagt, das ist kein Konsens, weil wir es nie ausdiskutiert haben -, dass die Auftaktveranstaltung zur Beteiligung der Öffent-

lichkeit an der Kommissionsarbeit nicht gut laufen würde, wenn wir beispielsweise die Pfade diskutieren; vielmehr sollte die Beteiligung der Öffentlichkeit auch wesentlicher Gegenstand der Auftaktveranstaltung für die Beteiligung der Öffentlichkeit sein.

Dann war der Gedanke, die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Kommissionsarbeit sollte auch Gegenstand eines Konzeptpapiers, einer Vorlage sein, und diese Vorlage wollten wir der Kommission am 18.05. zur Verfügung stellen. Von daher sollte die Konzeptionierung der Veranstaltung als eine inhaltlich-konzeptionelle Tätigkeit, die vergeben werden soll, genau dieses Bindeglied zwischen dem Konzept insgesamt und einer Veranstaltung darstellen. Ich möchte das jetzt nur nicht austeilen, weil da auch ein paar Euro-Beträge genannt werden.

Herr Janß hat es so formuliert, wie es die AG 1 angedacht und der Kommission vorgestellt hat, nämlich dass wir die Auftaktveranstaltung nicht als eine bloße Informationsveranstaltung sehen - das erlaube ich mir zu wiederholen -, sondern dass wir einen Dienstleiters haben, der für uns die Konzeptionierung der Veranstaltung und das Beteiligungskonzept macht. Von daher haben wir schon die Vorstellung, dass im Wesentlichen das Beteiligungskonzept Gegenstand ist. Anders als in der Kommission, in der - wenn ich so sagen darf - alle ein paar Ideen hatten, man könne das ein bisschen mehr so machen oder ein bisschen mehr so machen, wollten wir die Diskussion eigentlich ein Stück weit an den Konzeptionierer abgeben. Wir wollten es natürlich nicht weggeben, aber er sollte sich Gedanken machen, wie er das macht. Er würde uns dann möglicherweise auch Vorschläge machen, ob wir auch noch in Workshops gehen, was angedacht ist. Das Wesentliche ist, dass wir mit einem Dienstleister mit in die Gänge kommen. Das war sozusagen der Grundgedanke.

Wenn wir darauf abheben, dann haben wir bestimmte zeitliche Abläufe, die sich unter anderem durch das Vergabeprozedere ergeben. Das ist

alles. Ich habe mich gerade mit Herrn Meister darüber unterhalten, ob und inwieweit wir nicht den Vorschlag aufgreifen sollten, der gerade gemacht worden ist, dass wir im April eine Sitzung machen; denn wir brauchen im April eine inhaltliche Verbindung zwischen demjenigen, der das macht, und unserer AG-Arbeit.

Noch einmal zurück. Also, wenn die Kommission es als ihre Aufgabe ansähe, auch noch die inhaltliche Konzeptionierung der Auftaktveranstaltung maßgeblich zu bestimmen, dann wird es tatsächlich noch enger. Das würde dann sehr schwer. Da bräuchten wir schon ein Stück weit so etwas wie ein Mandat, dass wir eine solche Veranstaltung dann in Kooperation mit den Vorsitzenden der Kommission - das ist schon Gegenstand der Beschlussfassung gewesen - und in Kooperation mit der AG 1 mit dem Dienstleiter zusammen so auf den Weg bringen und dann nicht noch die Sitzung vom 18.05. abwarten müssen, was die Konzeptionierung der Auftaktveranstaltung betrifft. Das geht nicht. Die übernächste Kommissionssitzung ist am 18.05.

Jetzt erst Herr Grunwald, dann Herr Becker.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Danke schön. - Vielleicht liegt es daran, dass ich Kölner bin: Ich sehe vieles hier nicht so schwarz, wie es manchmal erscheint. Herr Gaßner, die Sorge, dass wir in der Auftaktveranstaltung mit einem schlecht strukturierten Konzept antreten, habe ich so gar nicht. Wir hatten ja eigentlich Konsens, dass wir eben nicht ein - sagen wir einmal - perfekt ausgearbeitetes Konzept vorlegen wollen - denn das verhindert ja gerade Beteiligung -, sondern ein grobes Konzept, eine Annäherung, um dann Feedback zu bekommen. So ein grobes Konzept, na ja, wir haben es noch nicht. Aber es zeichnet sich ja doch stark ab, wenn ich an die letzte Kommissionssitzung denke, in der das Dreistufenkonzept besprochen wurde, also im Herbst dann Richtung zielgruppenspezifisch, Jugend, Regionen usw. Dann kommt am Ende noch die Draft-Phase, in der wir mit einem ersten Entwurf in die Öffent-

lichkeit gehen wollen. Wenn man das aufschreibt, dann hat man schon etwas, was man auch vorzeigen kann. Wir haben auch das Internet. Dann haben wir es. Wir haben das Bürgerforum, über das wir heute Morgen gesprochen haben. Dazu kann man auch Feedback einholen.

Also, auf der Basis dessen, was wir da schon haben, glaube ich, dass wir es erstens schaffen, im Konsens ein abgestimmtes - sagen wir einmal - rudimentäres Konzept auf den Tisch zu legen, und dass wir es zweitens auch schaffen, für eine solche Veranstaltung neben einem Plenum ein paar Themen für Arbeitsgruppen zu definieren, in denen sich die dort Kommenden je nach Interesse und Neigung dann auch einfinden können. Also, ich bin da nicht so pessimistisch, und ich helfe auch gerne mit, daran weiterzuarbeiten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank.
- Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Pessimistisch muss man vielleicht nicht sein. Aber mir ist die Diskussion jetzt ein bisschen zu kleinteilig. Es ging eigentlich darum, wie wir nach den Ergebnissen der letzten Kommissionssitzung weitergehen. Wir sind eigentlich mehr oder weniger im Vergabeverfahren und vielleicht noch bei der Auftaktsitzung. Ich fände es schon gut, wenn wir an das anknüpfen, was in der letzten AG-Sitzung am Ende stand. Da war ja durchaus ein gemeinsames Verständnis darüber da, was wir als Arbeitsgruppe klären müssen und was wir im Idealfall auch extern vergeben können. Ich fände es schon gut, dass man, davon ausgehend, jetzt weiter diskutiert und dann auch versucht, das in einen zeitlichen Ablauf zu gießen. Also: Was können wir jetzt nach den Entscheidungen in der Kommissionssitzung tatsächlich als Auftrag vergeben, und was muss, damit es möglich ist, vorher oder im Prozess von der Arbeitsgruppe geklärt werden? Stichwort: Beteiligungstiefe. Stichwort: Wen wollen wir beteiligen?

Ich bin mir gar nicht so sicher, ob von dieser Arbeitsgruppe verlangt wird oder verlangt werden

sollte, ganz kurzfristig ein komplettes Konzept vorzulegen. Zumindest war ja der Rat der Experten bei der letzten AG-Sitzung, das nicht zu machen. Vielmehr müssen wir diese Fragen klären, und wir müssen sie so klären, dass es in diesen zeitlichen Kontext der Vergabe von Aufträgen hineinpasst. Ich glaube, da brauchen wir jetzt - vielleicht müssen wir einmal eine Pause machen - einen Vorschlag für einen Zeitablauf, um zu gucken, ob das für alle funktioniert, ob da - wie von Herrn Jäger angedeutet - vielleicht sogar eine zusätzliche Sitzung nötig ist. Aber das ist, finde ich, zentral.

Jetzt gehe ich selber ins Kleinteilige; aber das ist mir sehr wichtig. Nach meiner Erinnerung ist von allen vier in der letzten AG-Sitzung anwesenden Experten - auch von Frau Donat zwischenzeitlich schon einmal - gesagt worden, wir sollten, wenn wir ein Konzept nach außen geben, nicht den Fehler machen, es an einen Dienstleister zu vergeben, sondern wir sollten versuchen, verschiedene Dienstleister zu beauftragen, die unterschiedliche Sichtweisen haben, bzw. es war der starke Rat der anwesenden Experten, eine Firma, die praktische Erfahrungen hat, mit wissenschaftlicher Expertise zu verbinden. Ich denke, diesen Expertenrat sollten wir aufgreifen und nicht den Fehler machen, das Unternehmen zu beauftragen, das vielleicht am schnellsten und einfachsten zur Verfügung steht. Ich fände es schade, weil es auch so eindeutig von allen Experten kam, wenn das jetzt durchrutschte. Wichtiger wäre mir aber tatsächlich der erste Punkt: Wie schaffen wir diese Klärung bezüglich des Zeitplans der Vergabe?

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Ott, Herr Müller, Herr Meister.

Erhard Ott: Der Zeitpunkt der Veranstaltung ist für uns, glaube ich, ein ganz entscheidender. Wenn wir das vor der Sommerpause nicht auf die Reihe kriegen, dann können wir den Auftakt für die Frage der Beteiligung der Öffentlichkeit so gut wie vergessen, jedenfalls in dieser Form.

Ich will auch noch einmal an die Diskussion erinnern, die wir in der Arbeitsgruppe nach der Anhörung hatten, in der genau die Frage der Offenheit, bereits in der Veranstaltung die Ideen, Vorschläge, Anregungen aus der Öffentlichkeit für die weitere Arbeit dann in der Arbeitsgruppe und der Kommission mit aufzunehmen, ein ganz entscheidender Aspekt war, nicht aber im Grunde genommen mit einem absolut fertigen Konzept hineinzugehen und dann nur noch zu sagen, so wollen wir es machen, sondern genau zu ermutigen, sich aktiv in die Arbeit der Arbeitsgruppe und der Kommission einzubringen, was genau ein entscheidender Punkt der Diskussion war, aus meiner Sicht jedenfalls.

Ich würde auch dafür plädieren, dass wir den Zeitplan, wie er jetzt grob skizziert worden ist, angehen und erforderlichenfalls dann in der ersten Aprilhälfte einen weiteren Termin für die Arbeitsgruppe organisieren sollten, damit wir im Grunde genommen abschließend die weiteren Schritte dann besprechen können.

Dies vielleicht noch: Wir brauchen in der Tat, damit das eben nicht mit der Kommission einzeln abgesprochen werden muss, dass diese Vorgehensweise in der Kommission dann in der nächsten Sitzung vorgestellt wird. Ein Stück weit brauchen wir dann, glaube ich, wirklich in der Arbeitsgruppe die Prokura, diese Veranstaltung in diesem Sinne vorzubereiten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Müller, Herr Meister.

Michael Müller: Es ist ja eine Veranstaltung der Kommission; insofern werden wir uns darüber unterhalten, wie wir den Kontakt so eng machen, dass da keine komplizierten und langwierigen Abstimmungsprozesse erforderlich werden. Das kriegen wir schon hin.

Ich bin auch wie Herr Grunwald nicht so skeptisch, dass man das hinkriegt. Ich sage nur, es gilt der alte Gewerkschafterspruch: Der schwierigste Streik ist der spontane Streik; der kostet die

meiste Arbeit. So ist das auch bei solchen Debatten. Gerade dann, wenn sie offen sein sollen, gerade wenn man will, dass sie eine Plattform bieten, die nicht hierarchisch ist, wofür ich ja bin, muss man aber auch alles tun, dass sie nicht anarchisch wird. Das kann dann nämlich passieren.

Das ist genau mein Punkt, dass man sozusagen eine Grundlage schafft, eine Plattform schafft, damit die Debatte konstruktiv wird. Das ist das, wofür es mir geht, und das kommt nicht von selbst, und das kann uns auch nicht der Dienstleister erfüllen. Das muss sozusagen die Vorgabe der Kommission sein.

Vorsitzender Ralf Meister: Ein paar Bemerkungen noch einmal jetzt zur Debatte: Soweit ich das erinnere, gab es sowohl in der Kommission wie in unserer letzten AG-Sitzung den Konsens: Wir wollen eine Auftaktveranstaltung machen. Es gab den Konsens: Diese Auftaktveranstaltung sollte vor dem Sommer stattfinden.

Es gab sowohl in der Kommission wie in der AG den Konsens: Wir brauchen für die Durchführung externe Hilfe, wir brauchen für die Konzeptionierung dieser Auftaktveranstaltung auch externe Hilfe.

Der dritte Schritt, der dann in der Kommission ja auch noch beschlossen worden ist: Wir brauchen insgesamt für die Formulierung eines Beteiligungsprozesses auch eine externe Unterstützung. Das war sozusagen long term prospektive, war ein bisschen weiter.

Ich glaube, wir reden bei all diesen drei Punkten ja nach wie vor, also von der Weite und der Dimension her, immer noch von Schritt A; ich sage das in Bezug darauf, auch unterschiedliche Dienstleister in Anspruch zu nehmen. Wir reden im Augenblick nur über die Frage, wie wir Partizipation im Zusammenhang mit Öffentlichkeit während der Kommission formulieren wollen. Wir machen keinen Schritt in die zweite Variante an diesem Punkt. Deswegen bin ich an dieser

Stelle ein bisschen reserviert zu sagen, auch hier müsse man schon unbedingt die Pluralität haben oder das müsse pluriform sein im Angebotschema, dass wir unterschiedliche Dienstleister haben.

Ich würde an Herrn Müller anschließen: Meine Erinnerung an die Debatte in der Kommission, aber auch am Ende der AG in dieser Offenheit war so, dass es unter den Vorsitzenden der AGs und den Vorsitzenden der Kommission, glaube ich, einen weitestgehenden Konsens gibt, was jetzt nicht die Detailgestaltung dieser Auftaktveranstaltung angeht, aber die Grundlinien.

Also, meine ganz praktische Frage ist die, von der wir eben ausgegangen sind: Wie schaffen wir das, was weitestgehend im Konsens erarbeitet worden ist, jetzt in ein nüchternes Zeitraster? Das braucht meines Erachtens sicherlich noch eine Sitzung zusätzlich im April, auch wenn wir die Abendsitzung von ein oder zwei Stunden am 20. April auch noch für irgendwelche Feinjustierungen oder Nacharbeiten nutzen könnten. Aber es braucht für die nächsten drei Wochen eine extreme Dynamik, damit wir die Grundvoraussetzungen, die wir herausgearbeitet hatten, überhaupt erreichen können.

Da bin ich überfordert, um zu sagen: Ist das realistisch? Ist das leistbar, oder ist das nicht leistbar? Mein Petitum wäre das Gleiche wie das von Herrn Jäger, alles zu tun, damit wir es mit dieser Dynamik so schaffen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich würde gerne daran anschließen und noch einmal an den Terminen der Arbeitsgruppe 1 und der Kommission vielleicht entlanggehen, wohl wissend - noch einmal - dass es ehrgeizig ist; aber wir müssen uns nach der Decke strecken, wir haben eben nicht viel Zeit.

Gut wäre es, wenn wir es schaffen würden, bis zu unserer nächsten Sitzung am 5. März sozusagen beschlussreif zu sein, was die Beauftragung, die

Vergabe eines Auftrages angeht, der die Auftaktveranstaltung organisiert und inhaltlich gestaltet. Dabei muss man auch den Blick auf die Folgeschritte haben. Man kann nicht inhaltlich eine Auftaktveranstaltung designen, wenn man nicht die Folgeschritte im Auge hat. Das spricht dafür, zumindest für diesen Teil einen Dienstleister zu haben.

Ich gebe Ihnen vollkommen recht oder ich stimme Ihnen zu, Herr Meister: Wir haben ja noch eine gigantische Aufgabe, die Umsetzung zu konzipieren, was die Öffentlichkeitsbeteiligung angeht, und das wird natürlich auch ein großes Thema.

Jetzt noch einmal zurück zum Zeitplan: Also, wenn wir es schaffen, bis zum 5. März diesen Prozess abgeschlossen zu haben, sodass wir dann in unserer Sitzung sehen, wer angeboten hat, wer dafür infrage kommt, und dann beschließen können, wer derjenige sein soll, der uns dabei unterstützt - es ist eine technische Frage, ob das dann noch mit der Kommissionsleitung abgestimmt werden muss, wohl wissend, dass wir in der Kommission schon eine gewisse Beschlussgrundlage dafür haben -, dann könnten wir vorlaufend am 2. März zum Beispiel die Kommission über das informieren, was wir jetzt eben schon beschlossen haben - jedenfalls habe ich das so mitgenommen -, dass die Veranstaltung an einem Ort hier in Berlin stattfinden soll. Wir könnten dort über das weitere Prozedere informieren, das wir heute noch gemeinsam verabreden, sodass der Rahmen der Auftaktveranstaltung schon immer visibler wird.

Wenn wir dann am 5. März in der Arbeitsgruppe 1 beschließen und das dann idealerweise auch sehr schnell zur Umsetzung gelangt - ich sage das jetzt einfach einmal aus der Hüfte -, was sicherlich zu ehrgeizig ist, und wenn wir nach 14 Tagen den Dienstleister an Bord haben, dann könnte ich mir auch vorstellen, dass wir in gemeinsamer Arbeit mit diesem Dienstleister die Konzeption der Auftaktveranstaltung so weit nach vorne bringen, dass wir ein überzeugendes

Konzept in der Kommissionssitzung am 18. Mai vortragen können. Wir haben ja schon viel Input aus der Kommission erhalten, was berücksichtigt werden sollte.

Es wird dann sozusagen Aufgabe für uns sein, den Inhalt soweit vorzubereiten und vorzuschlagen, dass er hoffentlich akzeptiert wird, Herr Müller, dass es eben keine Chaosveranstaltung wird, sondern dass es ein klar erkennbares Konzept ist, auf der anderen Seite aber so weit offen, dass wir das Ziel der Beteiligung auch tatsächlich erreichen können. Das müsste bis zum 18. Mai leistbar sein, und dann würden wir in die weiteren operativen Schritte bis zu dem noch festzulegenden Termin im Juni gehen können. Also, aus meiner Sicht ist das sehr ehrgeizig, aber leistbar.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. Herr Thomauske hat sich noch gemeldet. Ich würde jetzt bitten, dass wir dann doch nicht zu klein werden. Das ist keine Kritik.

Die Frage, ob es am 5. März fertige Angebote geben wird oder nicht, würde ich jetzt nicht gerne beantworten wollen, weil eher etwas dagegen spricht; aber das könnte dann eine Woche darauf sein. Deswegen müssen wir uns jetzt darüber verständigen - den Hut haben die Kommissionsvorsitzenden auf -, ob sie, wenn sie die AG-Vorsitzenden mit dazu nehmen, uns insoweit Prokura geben würden, auch dann möglicherweise gerade eine Woche später zu entscheiden.

Wenn wir das so machen würden, dann wäre der Vorschlag, dass wir gucken, ob wir trotz Osterferien zu einem Apriltermin kommen. Dann hätten wir auf jeden Fall gewährleistet, dass wir eine ganztägige Sitzung mit den Beauftragten zusammen haben; es ist ja das Anliegen, dass wir mit ihnen zusammen diskutieren und dass damit am 18. Mai ein Entwurfsstadium vorliegt. Das ist dann eben ein Entwurf, und der wird in seiner Fortentwicklung dann auch für die Auftaktveranstaltung zugrunde gelegt. Zwischen diesem Entwurf und der Auftaktveranstaltung sind ja auch noch einmal ein paar Tage.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich würde jetzt dafür werben, dass wir jetzt nicht die einzelnen Tage noch einmal durchgehen. Ich wiederhole: Es wird wohl, wenn wir heute am 11. Februar sind, nicht möglich sein, die Angebotseinholung vor dem 23. Februar zu starten, und da ist es ein bisschen knapp, ob man von diesem 23. bis zum 5. März tatsächlich die Angebote hat. Es könnte gerade so sein, dass es sich um vier, fünf Tage verfehlt. Aber wir könnten das mit einer Aprilsitzung wieder einfangen. Dann wäre auch die Einarbeitungszeit eines solchen Dienstleisters oder eines Dienstleisterkonsortiums gegeben.

Wir müssten nur gucken, ob es möglich wird, wenn wir in die Kalender schauen - das würde ich dann wahrscheinlich gleich anregen, wenn sich kein Widerspruch erhebt -, ob wir in der Osterphase überhaupt zu einer Sitzung kommen. Das müssten wir dann noch einmal getrennt sehen. - Aber jetzt hat zunächst Herr Thomauske das Wort.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, eigentlich geht es genau in diese Richtung. Gut, manches davon ist mir etwas zu basisdemokratisch, dass wir nun wirklich über jeden Detailpunkt hier in dieser Kommission entscheiden müssen. Ich sage einmal, innerhalb eines Unternehmens hätte ich jemanden delegiert, der dafür die Verantwortung trägt, dass die Veranstaltung vorbereitet wird, der das Ausschreibungsverfahren macht und dann die Dinge auswertet und einen Entscheidungsbeschluss vorlegt, dem man dann aber im Umlaufverfahren im Prinzip zustimmen kann.

Ich frage einmal: Wofür haben wir die Vorsitzenden, wenn wir an dieser Stelle nun alles in der Kommission oder in der Arbeitsgruppe umfassend zur Abstimmung und zur Diskussion bringen müssen? Dabei sage ich einmal: Die Messen sind aus meiner Sicht eh in dem Augenblick gesungen, da man die Leistungsbeschreibung herausgegeben hat, egal, ob man zwei oder drei Anbieter dafür anbieten lässt. Aber dafür gibt es dann eben auch entsprechende Verfahren, die

einzuhalten sind; über diese Verfahrensrandbedingungen können wir uns dann in der Diskussion auch nicht hinwegsetzen. Da käme spätestens Herr Janß, der uns darauf hinweisen müsste.

Insofern würde ich dafür plädieren, den Ausschreibungstext in Umlauf zu geben, damit an dieser Stelle eine Rückkopplung erfolgen kann, den Vorsitzenden dann aber zu überlassen, diese Punkte zu bewerten und entsprechend einzubauen, auf dieser Grundlage das Ausschreibungsverfahren durchzuführen und dann die Rückläufe im Hinblick auf Entscheidungsfindung ebenfalls, wenn überhaupt, im Umlaufverfahren zu bewerten und sie ansonsten bei der Verhandlungsleitung anzusiedeln.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Ich glaube, es ist konsensfähig, wenn wir so vorgehen. Wir müssten dann als Nächstes jetzt - -

Kann ich das als Konsens feststellen, dass wir jetzt so vorgehen, dass die Geschäftsstelle so schnell wie möglich die Leistungsbeschreibung macht, dass die Leistungsbeschreibung noch einmal herumgegeben wird, auch mit der Bitte, daran jetzt nicht das Letzte zu feilen, weil wir sonst wieder ein paar Tage verlieren?

Dann ist es so, wie Herr Thomauske sagte: Wir müssen dann sehen, was für ein Bearbeitungszeitraum für die Dienstleister gegeben wird, und dann muss es nach den Vergabekriterien bewertet werden. Das können tatsächlich die Kommissionsvorsitzenden mit den AG-Vorsitzenden tun; ich glaube, das ist dann nicht der Akt.

Was mich ein bisschen zögern lässt: Mir wäre es auch lieber, wir hätten den 5. März als Haltepunkt, weil jetzt schon wieder so die Gefahr ist, es kommt noch ein Tag und noch ein Tag und noch ein Tag dazu. Aber ich habe selber jetzt eingeschätzt, der 5. März ist zu kurzfristig. Deshalb ist der nächste Punkt: Wann kriegen wir eine Sitzung im April?

(Zuruf: Gar nicht!)

Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ein ganz kurzer Hinweis nur. Ich würde es genauso pragmatisch sehen wollen, dass es auf den Weg kommt. Was mir nur wichtig wäre: Den 18. Mai in der Kommission sollten wir als Eckpunkt setzen, dass wir zu diesem Zeitpunkt sozusagen die Konzeption der Auftaktveranstaltung und die Terminierung verabschiedungsreif haben, und dann leitet sich alles andere im Vorfeld ab.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich würde gerne die Frage der inhaltlichen Ausgestaltung, wie wir den Termin abhalten, von der Diskussion abspalten, was die Dienstleisterfrage anbelangt, damit wir da keine Verquickung bekommen.

Dass wir dann parallel natürlich auch in dem Sinne von Herrn Grunwald uns überlegen müssten, wie die Auftaktveranstaltung inhaltlich ausgestaltet werden muss, das ist ein paralleler Strang. Ihn können wir auch heute beginnen, da brauchen wir nicht auf den 18. Mai zu warten, sondern wir müssten dann irgendwann natürlich eine Deadline haben, zu der darüber entschieden werden muss. Aber das ist ein paralleler Ast, und der wichtigere Ast ist im Augenblick, dass wir jemanden an Bord haben, der für die Organisation zuständig ist.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, vielen Dank. - Gut, Herr Ott, bitte.

Erhard Ott: Nur ein kurzer Hinweis. Den Vorschlag zum Vorgehen finde ich völlig in Ordnung. Ich würde nur darum bitten, dass der Termin für die Veranstaltung selbst nicht erst mit der Kommissionssitzung im Mai festgelegt wird, sondern vorher. Wir wissen, die Terminkalender sind immer voll, und diejenigen, die wir gern zu der Veranstaltung haben wollen, sollten die Chance haben, vorher zu wissen, wann eine solche Auftaktveranstaltung stattfindet.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Jede Zusammenfassung birgt immer die Gefahr, dass sie wieder

Diskussionen auslöst. Ich versuche es einmal, weil ich teilweise jetzt wiederum widerspreche.

Also, ich wiederhole jetzt noch einmal: So, wie Herr Janß es aufgesetzt hat, ist es aufgesetzt, wie es in der Kommission beschlossen wurde. Dazu würde ich jetzt letztendlich auch relativ bestimmt sagen: Das diskutieren wir jetzt nicht wieder neu.

Wir haben jetzt einen Dienstleistungsauftrag zu vergeben, der lautet „Konzept für die Beteiligung der Öffentlichkeit in Zusammenarbeit mit der AG 1“, Vorlage zumindest eines diskussionswürdigen Zwischenberichts zum 18. Mai, und wir haben die Konzeptionierung einer Auftaktveranstaltung, die wir nicht handgestrickt jetzt selber machen wollten. Das könnte man machen - in dem Sinne widerspreche ich Ihnen -, das haben wir aber anders entschieden. Wir haben gesagt, das soll auch ein Dienstleister machen, und zwar derselbe, damit die Konzeptionierung der Veranstaltung ein Bindeglied darstellt mit dem Konzept. Dieser Dienstleister soll zum Dritten auch die Durchführung machen.

Für dieses Dienstleistungspaket sollen mehrere Angebote eingeholt werden. Für die Angebotseinholung brauchen wir eine Leistungsbeschreibung. Die Leistungsbeschreibung wird kurzfristig gemacht und mit der Bitte herumgeschickt, das innerhalb von ein, zwei Tagen abzuwickeln, weil wir sie jetzt so oft diskutiert haben, dass es im Grunde genommen nur um die Unterpunkte geht, was wir an Leistungsbeschreibung haben und was wir an Wertungskriterien haben.

Dann haben wir die Aufgabenstellung, dass der Auftrag anhand dieser Wertungskriterien vergeben wird, und dann ist die Aufgabenstellung die, dass zunächst die Auftaktveranstaltung konzipiert wird. Ich gehe davon aus, dass wir nicht einverstanden sind, dass die Konzeptionierung der Auftaktveranstaltung erst am 18. Mai vorliegt. Deshalb muss das irgendwie auch relativ hemdsärmelig gemacht werden, dergestalt, dass wir ein

vernünftiges Konzept bekommen, das wir gegebenenfalls dann im Umlauf oder vielleicht in der Aprilsitzung beraten - das kann ich jetzt nicht so schnell durchdenken, ob das noch reichen würde; nehmen wir das einmal als Haltepunkt -, und dass Anfang April die Auftaktveranstaltung in Abstimmung mit Herrn Müller und Frau Heinen-Esser auf den Weg gebracht wird.

Dann hätten wir im Juni die Auftaktveranstaltung. Diese Veranstaltung soll im Wesentlichen die Vorstellungen und Vorschläge für ein Konzept so darstellen, dass diejenigen, die sich an dieser Veranstaltung beteiligen, auch ihre Überlegungen einbringen können. Deshalb wird auch die Frage auftauchen, ob das eine reine Plenarveranstaltung ist oder ob es eine Veranstaltung mit Workshops ist. Genau das wollen wir in Zusammenarbeit mit einem solchen Dienstleister entwickeln.

Wenn Sie damit mit meinen leichten Modifizierungen einverstanden sind, dann wären jetzt zwei Aufgaben gegeben. Die erste Aufgabe heißt, wir bräuchten noch einen Apriltermin. Die zweite Aufgabe wäre: Es müsste sehr schnell gedoodelt werden, dass möglichst viele der Gesamtkommission an der Auftaktveranstaltung teilnehmen, weil es natürlich einen bestimmten Symbolwert hat, dass dann bei der Auftaktveranstaltung nicht die Kommission deutlich unterrepräsentiert ist, um das vorsichtig auszudrücken.

Um dieses Doodeln würde ich, wenn ich Ihr Kopfnicken als Zustimmung nehmen darf, dann die Geschäftsstelle bitten, dass sie sehr kurzfristig für die gesamte Kommission die Frage aufwirft, wann im Juni ein geeigneter Tag ist, mit dem Risiko, dass der Dienstleister dann feststellt, dass gerade an dem Tag seine Location nicht frei ist - das war jetzt ein Nebensatz -; da muss sich die Location nach uns richten und nicht wir uns nach der Location. Das muss man in einer Hauptstadt bewerkstelligen können. - Das wäre die Bitte an die Geschäftsstelle.

Jetzt bleibt die Frage: Wollen wir es versuchen, innerhalb von drei, vier Minuten einen Termin für den April zu suchen? Ich glaube, es hat mehr Verbindlichkeit, wenn wir es jetzt hier versuchen, als wenn wir in die Anonymität des Doodle gehen, weil jetzt nämlich alle aufgefordert sind, letztendlich Termine auch gegebenenfalls zu canceln, damit wir zu einem solchen gemeinsamen Termin kommen. Wollen wir das drei, vier Minuten versuchen?

(Thorben Becker: Es fehlt halt die Hälfte!)

- Das ist ein gewichtiges Gegenargument, ja. Gut, dann müssen wir das auch doodeln. Ja, das ist richtig; vielen Dank für den Hinweis. Das hat gar keinen Sinn jetzt. - Dann wären wir mit diesem Punkt zu Ende.

Ich schlage vor, dass wir zu der Frage kommen, wie wir die nächste Sitzung gestalten. Ich würde noch einmal dafür werben, dass wir dann in der nächsten Sitzung schwerpunktmäßig den Einstieg ins Standortauswahlgesetz suchen, weil wir in der nächsten Sitzung die Weiterführung der Diskussion bezüglich der Konzeptionierung nicht sinnvoll führen können - ich bin jetzt beim 5. März -; das würden wir dann in der Aprilsitzung machen.

Wenn Sie damit einverstanden sind, dass wir den 5. März als Einstieg in das Standortauswahlgesetz wählen, dann wäre mein Vorschlag, sich in etwa an dieser handschriftlichen Tischvorlage entlang-zuhangeln - ich würde sie gegebenenfalls bis zum 5. März noch einmal ein bisschen anreichern -, was bedeutete, dass wir dann in die Diskussion geführt werden über das Gesetz: Was sind die Grundsätze, und was sind die Ziele?

Alle sollten schon einmal eine Nuance darüber nachdenken, ob wir das als ein Element ansehen, eine Brücke zu unseren bisherigen Diskussionen; denn das Gesetz in Verbindung mit der Begründung versteht sich auch dazu, einige Begriffe einzuführen, aber sehr zurückhaltend zu sein, was Zielsetzungen angeht.

Damit könnten wir aber die Diskussion in dem Sinne, wie es Herr Becker gesagt hat, dass wir eher einen bestimmten Zwischenstand in der Kommission hatten, da anknüpfen und könnten fragen: Was meint das Gesetz, wenn es von „Unterrichten“ spricht? Das ist relativ schnell selbst-erklärend. Was meint das Gesetz, wenn es von „dialogorientiert“ spricht? Was ist ein pluralistischer Dialog? Wie kann man sich vorstellen, dass am Ende einer Bürgerversammlung die Feststellung getroffen werden soll, ob Akzeptanz hergestellt ist, ja, nein? Die Formulierung findet sich im Gesetz.

Wir hätten, wenn wir diesen Punkt diskutieren, erneut eine Stunde, und dann steht die Herausforderung, uns einmal damit zu beschäftigen, dass dieses Gesetz mehrere Formatstufen vorsieht. Ich habe es vorhin schon einmal gesagt. Es steht als Erstes dann zentral die Bürgerversammlung, es steht als Nächstes dann, es könne auch ein Bürgerdialog organisiert werden, und der Bürgerdialog ist vergleichsweise intensiver angesprochen, weil dort nämlich regionale Begleitgruppe sein soll, weil da Bürgerbüro sein soll, weil da eine fachliche Begleitung sein soll. Also, da sind wir ein Stück weit bei dem Schlagwort der Augenhöhe.

Wir würden uns also damit quasi einmal beschäftigen, und es wäre dann im Weiteren so - das wäre wahrscheinlich das, was wir in der Sitzung erreichen könnten -, dass man sich vergegenwärtigen müsste, dass dieses Formatpaket an fünf Stellen im Ablauf des Verfahrens vorgesehen ist, also Regionen, Vorschlag übertägige Erkundung, Erkundungsprogramm usw.

Wenn wir uns da mit den Abläufen beschäftigen, ergibt sich dann auch noch einmal die Fragestellung, ob daraus eine Kooperationsitzung mit der AG 3 - nicht jetzt sehr kurzfristig - erfolgen sollte, weil ich bestimmte Vorstellungen hätte, dass man vielleicht den Ablauf auch eine Nuance anders gestalten könnte, um es einmal sehr vorsichtig zu sagen, um Beteiligungsformaten noch mehr an Gewicht zu verleihen. Das ist aber jetzt schon

eine inhaltliche Einwebung, die ich nur andeuten wollte, dass so eine gemeinsame Sitzung nicht nur eine Formalie wäre.

Wenn wir sehr weit kämen in dieser Sitzung, dann würden wir uns auch damit beschäftigen, dass die Abläufe jeweils, vorsichtig ausgedrückt, unterbrochen sind durch Bundestagsentscheidungen. Auch das habe ich schon einmal angesprochen. Was bedeutet es für einen Beteiligungsprozess und für die Diskussion eines Beteiligungsvorgehens, einer Beteiligungstiefe, um den Begriff noch einmal aufzunehmen, wenn am Ende dann jeweils eine Bundestagsentscheidung steht? Wirft das den Prozess zurück auf eine bloße Unterrichtung, bloße Kommunikation, oder wie ist das zu denken, was da steht an Dialog, pluralistischem Dialog, über Bürgerbüro, über fachliche Begleitung von Regionalgruppen usw.? Das wäre dann die Diskussion, die wir da führen könnten.

Das wäre gegebenenfalls noch mit der Frage anzureichern: Wie ist es mit dem Rechtsschutz? Da zögere ich ein bisschen, weil das Gutachten, das eingeholt werden soll, noch einmal der Frage nachgehen soll, ob wir jetzt noch ein-, zwei-, drei-, viermal - ich sage es jetzt wieder etwas lustig - die Rechtsschutzmöglichkeiten eröffnen sollen, neben fünf Bundestagsentscheidungen.

Jedenfalls wäre das eine Tagessitzung, die uns dazu brächte, dass wir erstens inhaltlich arbeiten und uns zweitens in einem relativ intensiven Forum des Standortauswahlgesetzes insgesamt einmal annähmen und Folgendes diskutierten: Was hat sich der Gesetzgeber vorgestellt, was steht in der Gesetzesbegründung, und was könnten wir uns vorstellen? Was müssen wir dann wiederum infolge dieser ersten Analyse an Folgefragen diskutieren?

Das wäre mein Vorschlag für die Sitzung am 5. März, neben den Sachen, die sich im Übrigen aus dem „Standardprogramm“ ergeben. Können Sie sich vorstellen, dass wir einen Tag so gestalten?

Prof. Dr. Armin Grunwald: Erstens. Ja, ich begrüße insbesondere, dass wir uns dann mit inhaltlichen Fragen beschäftigen. Zweitens erinnere ich an Folgendes: Ich glaube, es war Herr Jäger, der in der vorletzten Sitzung oder so einmal vorgeschlagen hatte, dass wir dann auch einmal in Bezug auf Inhalte Konsense und Dissense festhalten, dass wir also auch einmal aufschreiben und damit auch einmal diesen gewissen Stand festhalten und, von diesem Stand ausgehend, weiterarbeiten können.

Ich glaube, ich bin nicht der Einzige, der hier den Eindruck hat, dass wir doch immer so ein bisschen kreisen; um aus dem Kreisen herauszukommen und auf eine Fortschrittsebene oder -gerade zu gelangen, wäre doch vielleicht dieses Aufschreiben nicht schlecht.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut. - Herr Jäger, bitte.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich wäre einverstanden mit Ihrem Vorschlag und würde das gern unterstützen, Herr Grunwald, dass wir vielleicht die Zeit bis zur nächsten Sitzung nutzen, die Dinge aus der bisherigen Diskussion einfach zu dokumentieren und zu sagen: Hier haben wir noch offene Punkte. Sie werden wir dann, wenn der Dienstleister da ist, in Teilen abarbeiten und sie auch bis dahin dann noch bewusst parken. Auf der anderen Seite haben wir aber bestimmte Punkte, bei denen wir Konsens haben. Sie sollten wir es einfach einmal dokumentieren, damit wir uns an dieser Stelle nicht möglicherweise im Kreise drehen. Das würde ich gern unterstützen wollen.

Der zweite Hinweis, Herr Gaßner: Dieses Thema jetzt aufzugreifen halte ich für sehr sinnvoll, auch in einem solchen Angang, wie Sie es gerade geschildert haben. Die Frage ist: Was können wir bis zur nächsten Sitzung noch leisten, dass wir eben nicht ohne Vorbereitung, ohne Unterlage diese Diskussion führen?

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Jeder hat sicherlich Arbeitsunterlagen bisher erarbeitet. So

kann ich sagen, ich für meinen Teil habe mir einmal das Gesetz genommen und es einfach in einen gewissen Ablauf gebracht und gerade die Themen Öffentlichkeitsbeteiligung noch einmal definiert. Für mich persönlich ist das eine gute Arbeitsgrundlage, mit der man den Prozess vor sich hat, der gegliedert ist. Ich könnte durchaus anbieten, wenn Sie das wünschen, Ihnen allen das zur Verfügung zu stellen, wenn das eine geeignete Arbeitsgrundlage ist.

Vielleicht hat der eine oder andere aber auch bis dato schon andere Dinge, sodass wir nicht nur sozusagen auf Basis des Gesetzes, das wir haben, oder Ideen, die bisher generiert worden sind, brainstormingartig uns dem Thema widmen, sondern etwas strukturierter anhand von Unterlagen. Das ist ein Angebot. Möglicherweise haben Sie aber auch andere Dinge noch geplant; dann wäre es gut, wenn wir uns dazu austauschten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vielleicht in eine ähnliche Richtung: Gerade, wenn man sich mit den Abläufen beschäftigt, die im Gesetz ange-dacht und festgelegt sind, dann stellt man fest, wenn es um Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren geht - da spreche ich insbesondere Sie an, Herr Gaßner -, dass dort im Prinzip der Verfahrens-ablauf nach AtVfV, nach atomrechtlicher Ver-fahrensverordnung, zugrunde gelegt ist, mit all den zeitlichen Abläufen, die für dieses Verfahren zu hinterfragen sind, ob dies angemessen ist.

Ich erinnere an all die formalistischen Vorgehensweisen dazu, daran, dass die Auslegung der Unterlagen für ein Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren im jeweiligen Schritt an jedem Standort zunächst einmal angekündigt werden muss, mit einem Monat Vorlauf, dann müssen die Unter-lagen zwei Monate ausgelegt werden, dann dauert es einen Monat, bis man darüber dann diskutieren kann, dann wird das ausgewertet, und dann kriegt man nach einem Dreivierteljahr irgend-wann ein Ergebnis, und das für jeden Standort und für jede Region, wo man dies diskutiert.

An dieser Stelle sei zum Beispiel die Vorgehensweise in der Schweiz angemerkt: Dort hat man einen Abend Diskussion, wo der Vorhabensträger das Vorhaben vorstellt, es zur Diskussion stellt, und dann wird über diese Punkte inhaltlich gere-det. Insofern gibt es eine ganze Bandbreite.

Das BMU ist jetzt nicht da; deswegen kann ich das ungeschützt sagen: Ich denke, denen ist nichts Besseres eingefallen, als die Verordnung, die man hat, zugrunde zu legen. Insofern glaube ich, dass wir an dieser Stelle bestimmte Punkte in dem Standortauswahlgesetz auf die Sinnhaf-tigkeit und bezüglich dessen hinterfragen müs-sen, was man dem entgegensetzen kann. Das müssen wir auch ein bisschen vordenken.

Ich bin von meiner Seite nur hingegangen und habe das im Prinzip aufgenommen und dann in einen Zeitplan gebracht. Dann stellt man fest: Von den 15 oder 16 Jahren, die vorgesehen wa-ren, bis zum Jahre 2031, egal, wie man sich dreht und wendet, braucht man fünf Jahre allein für den formalistischen Teil der Beteiligungsver-fahren. Da hat noch niemand eine Unterlage dafür erarbeitet. Wenn man sich das einmal vorstellt, muss man wissen, dass man an dieser Stelle auch effizientere Verfahren einbringen muss. Darüber müssen wir nachdenken und dazu auch einen Konsens finden.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Das ist auch noch einmal ein wichtiger Hinweis, dass man die Ergänzungen nachträgt; die Tischvorlage ist ja nicht vollständig. Auf jeden Fall müsste der Zeitbedarf mit aufgenommen werden.

Wenn Sie einverstanden sind, würde ich jetzt gern ganz auf die Arbeitstechnik gehen, das Angebot aufgreifen und fragen wollen, ob Herr Meister und ich in Absprache mit Frau Gäbler in den nächsten zwei, drei Tagen Hausaufgaben zu entwickeln versuchen sollen.

Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass Herr Grunwald die Frage bekommt: Können Sie etwas damit anfangen, Akzeptanz festzustellen? Ich

könnte mir vorstellen, dass man noch einmal auf die Frage der Abläufe eingeht, möglicherweise anhand Ihrer Schaubilder. Ich würde um Schaubilder bitten, wenn sie irgendwie vorhanden sind. Vielleicht könnten Sie, Herr Thomauske, letztendlich noch einmal die grafische Aufbereitung der Schritte beisteuern. Wenn Sie das übernehmen würden, dann wäre das jetzt auch schon verteilt.

So würden wir vielleicht noch drei, vier Sachen in den nächsten zwei, drei Tagen entwickeln und Sie dann einfach darum bitten - die anderen nehmen wir cc -, sodass vielleicht jeder seinen Part übernimmt, damit wir eine bestimmte Vorbereitung für den 5. März haben. Ich glaube, das wäre das Beste. - Ich sehe dazu auch Nicken.

Es gab aber noch eine Wortmeldung von Herrn Becker. Bitte.

Thorben Becker: Ja, ich bin etwas skeptisch - es war ja der Wunsch, Fortschritt zu erzielen und zumindest sichtbar zu machen, wo Einigkeit ist und wo nicht -, wenn wir jetzt sehr kleinteilig in das Verfahren gehen und es daraufhin angucken, ob der Ablauf Sinn macht, wie es mit den Fristen ist oder Ähnliches. In Wahrheit wird es doch bei dem Verfahren, bei dem es dann wirklich um das eigentliche Standortsuchverfahren geht, und bei der Bürgerbeteiligung genau um die gleichen Fragen gehen, die wir bisher bei der Beteiligung an der Arbeit der Kommission noch offen gelassen haben oder wo es keinen Konsens gibt, also um die Fragen nach der Beteiligungstiefe, nach dem Einfluss und danach, welche Rolle die betroffene Region am Ende spielt. Das sind doch die zentralen Fragen.

Ich finde tatsächlich wichtig, dass man auch das aufgreift, was es in der Anhörung Evaluierung ja schon gegeben hat. Da gab es ja etliche, die sich mit dem Verfahren unter dem Gesichtspunkt Öffentlichkeitsbeteiligung und auch Rechtsschutz auseinandergesetzt haben und da tatsächlich durchaus die etwas größeren Fragen aufgemacht haben: Was nützt mir das schönste Verfahren, bei

dem ich alle Beteiligungen und ganz viele Bürgerversammlungen durchführe, wenn das nachher null Einfluss hat, weil ich eine Entscheidung des Bundestages habe, der natürlich selbstverständlich machen kann, was er will?

Man kann natürlich kleinteilig über dieses Verfahren reden. Aber in Wahrheit sind natürlich die anderen Punkte die entscheidenden. Bevor wir da nicht Klarheit haben - -

Am Anfang fand ich den Vorschlag gut, zu sagen, okay, im März reden wir jetzt endlich einmal über das Standortauswahlverfahren und machen dann erst im April mit den Fragen weiter, die hier noch offen sind. Ich bin mir, ehrlich gesagt, nicht so sicher, wie sehr das funktioniert.

Natürlich ist es interessant, das dann tatsächlich auch einmal in den Blick zu nehmen. Aber dass wir da jetzt mit Schaubildern und mit Verfahrensabläufen und Betrachtungen, wie lange ein solches Verfahren dauert, wirklich weiterkommen, glaube ich nicht. Ich meine tatsächlich, die spannende Frage ist die wirklich anstehende Diskussion, wie man von der im Moment einseitigen Fokussierung des Gesetzes auf eine Legitimität durch Bundestagsentscheidung zu einer Ausgewogenheit kommt, dass Bürgerbeteiligung und Rechtsschutz sozusagen gleichgewichtige Elemente sind, dazu, wie man das zusammenbinden kann.

Aus unserer Sicht, aus meiner Sicht sind das die Sachen, die zentral zu klären sind, und danach stellt sich dann die Frage, wie ich den konkreten Ablauf gestalte, von mir aus auch so, dass er nicht ewig lange dauert. Aber diese anderen Fragen stehen davor, und ich bezweifle, dass wir wirklich zielführend über Details der Verfahrensfragen reden können, bevor wir da nicht zumindest ein gemeinsames Bild haben oder klar haben, es gibt kein gemeinsames Bild, und wir müssen vielleicht mit zwei verschiedenen Bildern operieren, was auch okay wäre.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich glaube aber, dass wir jetzt diese zwei Ebenen, die beide angesprochen sind, nicht schaffen. Ich würde Sie aber bitten, dass wir die Diskussion dann nicht fortsetzen.

Mit der Bitte an Herrn Grunwald, sich einmal mit der Frage zu beschäftigen, was es eigentlich heißt, Akzeptanz herzustellen, habe ich jetzt beispielhaft hineingegriffen und gesagt: Diese Grundsätze sind so allgemein, dass daraus Fragen resultieren: Können wir damit etwas anfangen? Können wir mit „berücksichtigen“ etwas anfangen? Ist „berücksichtigen“ dann die Beteiligungstiefe, die gegeben ist? Was heißt dann ein pluralistischer Dialog auf der Regionalebene? Soll das dann auch nur zum Berücksichtigen führen? Ich habe da also viele kritische Fragen und hatte jetzt gerade nur versucht, die Vorbereitung anhand von Beispielen zu strukturieren. Ich habe ja selber die Frage aufgeworfen: In welchem Verhältnis steht der Beteiligungsprozess dann zum Bundestag?

Den Hinweis von Herrn Grunwald unter Verweis auf Herrn Jäger, wir sollten dazwischen auch einmal zu Konsensinseln kommen, möchte ich jetzt nicht weiter kommentieren, als zu sagen: Vielleicht ist das jetzt eine Sitzung zu früh. Aber es ist auf jeden Fall ein legitimes Interesse im Sinne dessen, dass wir in Richtung Bericht kommen. Das war jetzt mehr ein handwerklicher Hinweis, als dass jetzt genau in der nächsten Sitzung bereits das Stadium erreicht ist; so habe ich es jedenfalls aufgenommen. Es ist natürlich - ich sehe es am Nicken - unser gemeinsames Interesse, dass wir zu Inhalten kommen.

Ich würde auch noch einmal sagen - damit nenne ich jetzt Meinungen -: Ich glaube, dass die nächste Sitzung dazu noch nicht geeignet ist, weil wir da noch einmal relativ viel aufarbeiten und Fragestellungen machen müssen. Aber ich würde auch nicht gerne, auch wenn es populär wäre, sagen: Fangen wir mit dem Vetorecht an. Da könnten wir hier drei Stunden rudern und kämen dann nicht zu einem Votum. Stattdessen

sage ich: Lassen Sie uns erst einmal letztendlich Handwerk machen und immer weiter kommen, und dann kommen wir zu diesen Fragen.

Das sehe ich ähnlich, wie es Herr Thomauske gesagt hat: Es ist im Großen und Ganzen ein aufgeblähtes Erörterungsverfahren, das hier gestaltet ist, und Butter bei die Fische kommt dann mit solchen Punkten - ich sage es jetzt das dritte Mal - wie Beteiligung auf regionaler Ebene, mit Bürgerbüro, mit fachlicher Begleitung, mit Regionalgruppe, und das ist nur als „weiterhin“ apostrophiert. Dann steht der nächste Satz: Das darf dann auch noch weiterentwickelt werden.

An diesem Punkt kommt eigentlich unsere Aufgabe, zu sehen, ob wir aus diesen Mindestanforderungen, die das Gesetz hat, herauskommen wollen, ob wir uns in der Lage sehen, für zehn, 20 Jahre einen Beteiligungsprozess weiter vorzustrukturieren, oder ob wir eher auch mit solchen Auffangformulierungen arbeiten würden, weil wir sagen, das ist unangemessen, wenn es denn ein Prozess sein soll.

Deshalb verwende ich ja den Begriff Prozess auch für die Beteiligung in der Kommission immer wieder. Wenn ein Prozess nicht mehr Prozess ist, weil er entweder nicht die richtige Ebene hat oder weil er ständig unterbrochen wird, dann bleibt er wiederum auf der Ebene der Kommunikation. Aber das war jetzt auch schon sehr inhaltlich.

Also, ich wollte Sie nur bitten, dass wir das jetzt nicht ausdiskutieren, weil es sich einfach aus der nächsten Sitzung heraus ergibt, wie wir da handwerklich vorgehen. - Herr Thomauske, bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vielleicht nur eine kleine Anregung. Mir kam es jetzt nicht darauf an, hier eine Gewichtung hineinzubringen, Herr Becker, sondern die Frage - Oder vielleicht noch eine zweite Vorbemerkung: Es ist auch nicht so, dass wir die Zeit haben, alles mit Ende-Anfangs-Beziehung abzuarbeiten - erst muss das eine erledigt sein, bevor wir über das nächste nachdenken

können -, sondern im Prinzip so, dass wir zunächst die entscheidungserheblichen Fragen formulieren und uns dann überlegen, wie wir sie im Hinblick auf die Abarbeitung operationalisieren.

Da sind zum Beispiel eben gerade die Begrifflichkeiten, die im Standortauswahlgesetz genannt sind, natürlich mit Inhalten zu füllen, weil sie sich aus nichts erschließen. Da ist eben diese Nullaussage, Akzeptanz ist zu berücksichtigen. Was heißt das? Wie können wir dem Inhalt verleihen? Oder sagen wir, das macht so in der Form keinen Sinn? Dazu müssen wir uns verhalten.

Wir müssen uns aus meiner Sicht auch zu dem Thema verhalten, was wir aufnehmen sollten, der bestmögliche Standort. Lässt er, wenn ich „bestmöglich“ dann noch mit „sicherheitsgerichtet“ in Übereinstimmung bringe, am Ende überhaupt eine Entscheidung zu, oder habe ich damit nicht alles festgelegt? Das sind Grundbegriffe, über die wir uns hier in der Kommission eine Auffassung bilden müssen, weil das die entscheidenden Weichenstellungen sind. Deswegen kam es mir eigentlich nur darauf an, dass wir dieses gewissermaßen einmal in eine Liste bringen und sagen, okay, das sind die Aufgaben- oder Themenstellungen, und dann praktisch einen Arbeitsplan entwickeln, wie wir diese Punkt angehen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herr Jäger, Herr Müller.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Becker, ich möchte mit einem Missverständnis, das ganz offensichtlich aufgetreten ist, aufräumen. Mein Vorschlag ging nicht dahin, den Prozess im Detail zu diskutieren, sondern der Vorschlag war eher, eine Unterlage zur Verfügung zu stellen, die eine gewisse Orientierung gibt, auf die wir Bezug nehmen können, wenn es um inhaltliche Fragen am Ende geht, keinesfalls, jetzt den Prozess schon bis ins Kleinste zu diskutieren. Darauf müssen wir später kommen, wenn wir sagen, das ist das, was wir an Konzept erarbeitet haben, und fragen, wie das denn in die Beschreibung des Gesetzes passt. Da müssen wir auf diese Details eingehen. Aber aus

meiner Sicht wäre es sehr hilfreich, wenn man einen gewissen Überblick hat, wie der Prozess nach StandAG strukturiert ist, und dann auch Bezug nehmen kann zu diesen Fragen.

Ich habe mich gefragt, Herr Becker, ob es nicht vielleicht hilfreich wäre im Sinne des Vorschlags von Herrn Gaßner, gemeinsam mit Herrn Meister sozusagen ein Aufgabenspektrum in Vorbereitung der nächsten Sitzung zu definieren, dass Sie vielleicht die Punkte, die Ihnen besonders unter den Nägeln brennen, auch einmal artikulieren bzw. aufschreiben und zur Verfügung stellen, um sicherzustellen, dass sie in dem Themenspeicher vorhanden sind und dass wir sie dann auch möglicherweise sogar sortieren können: Da haben wir schon einen Teil erarbeitet, möglicherweise sogar Konsens erreicht, und da eben noch nicht. Aus meiner Sicht wäre das sehr hilfreich, damit wir sichergehen, dass diejenigen Punkte, die Ihnen besonders wichtig sind, auch sehr früh identifiziert und in den Arbeitsplan eingebracht werden.

(Thorben Becker: Kein Problem!)

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ich würde das auch begrüßen, nicht in dem Sinne von „arbeite ich mal ab“, sondern gerade die Dimension, die in der Ebene des Pragmatismus, die ich jetzt gerade hineinbringe, verloren geht. Wir haben natürlich die Fragestellung, die Herr Meister heute Vormittag schon angesprochen hat; wir gehen ja nicht ohne eine Geschichte jeweils in die Region oder an den Standort. Diese Frage ist genauso aufgerufen wie die Frage, die Herr Müller mehrfach auch schon eingebracht hat: Wie weit zeigt sich die Gesellschaft respektive zeigen sich diejenigen, die sich dort dann in den Dialog begeben, auch einsichtig, was die Technikgeschichte angeht?

Diese Fragen dürfen nicht verloren gehen, und deshalb würde ich es auch ausdrücklich begrüßen, dass in dem Sinne auch eine Zuarbeit erfolgt und wir das jetzt nicht nur auf Absatzniveau von juristischen Paragrafen abarbeiten. Das wäre

nicht mein Interesse. Entschuldigung, dass ich jetzt - - Herr Müller, bitte.

Michael Müller: Entschuldigung, wenn ich noch einmal auf den Punkt zurückkomme, warum ich es so wichtig finde, dass es nicht nur um das gute Management geht, sondern auch um die inhaltliche Klarheit. Ich selbst habe in vielen Initiativen für das Ziel gearbeitet, mehr partizipative Rechte in unserer Verfassung zu haben. Ich bin beispielsweise einer der Mitbegründer der Initiative „Mehr Demokratie“. Insofern ist das Thema für mich klar.

Aber die Verfassung ist so, wie sie ist. Insofern, Herr Becker, geht es nicht darum, was einer von uns will, sondern darum, wie wir die Politik zu einer Selbstverpflichtung bringen, dass sie weitergehende Betroffenenrechte akzeptiert. Darum geht es, und insofern muss dieser Prozess auch darauf ausgerichtet sein. Wenn ich die reine Verfassung nehme, dann können wir nicht von der Gleichheit zwischen repräsentativer Demokratie und Betroffenheit reden. Das hat mit der Verfassung nichts zu tun.

Insofern kommt es durchaus darauf an, wie wir Prozesse organisieren, sie dem Einzelnen einsichtig machen und ihn verpflichten, dass er in dieser aus meiner Sicht beispielgebenden Frage für komplexe technologische Prozesse zu weitergehenden Betroffenenrechten und zu einem stärkeren Bemühen um Konsens kommt. Konsens ist übrigens mehr als Akzeptanz; auch das will ich hier einmal anmerken. Insofern kommt es schon darauf an, wie man diesen Prozess gestaltet. Das ist nicht nur Management, sondern das ist eine zutiefst inhaltlich schwierige Frage.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Herzlichen Dank. Ich glaube, das rundet es noch einmal ab, dass wir uns jetzt nicht in Pragmatismus erschöpfen und ergehen; vielmehr haben wir jetzt eine gemischte wechselseitige Diskussion, was wir das nächste Mal machen, ob wir noch ein Stück weit Hausaufgaben vergeben und wie wir uns davor schützen - - Ich meine, ich gehe davon aus, dass

diese Diskussion ja mindestens ein halbes Jahr geht, um es vorsichtig auszudrücken. Das sollte jetzt auch die Auftaktsitzung sein.

Ich würde dann den Punkt an dieser Stelle mit dem Hinweis beenden, dass wir auf den einen oder anderen noch mit der Bitte zugehen werden, die Zuarbeiten zu verdichten. Wir haben jetzt Herrn Becker aufgerufen, Herrn Grunwald, Herrn Thomauske und Herrn Jäger, und wir werden gucken, ob wir für andere auch noch Fragestellungen haben, die sie freundlicherweise dann mit uns vorbereiten.

Tagesordnungspunkt 6 Ausgestaltung des Rahmenprogramms sowie Strukturierung des Arbeitsprogramms bis März/April 2015

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Um es noch einmal jetzt nur in zwei Sätzen zu sagen: Im März wäre dann das, was wir eben besprochen haben, und im April wäre die Weiterarbeit an der Konzeption für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Kommissionsarbeit. Das wird dann auch noch den 20. April abends abdecken.

Was wir dann am 22. Mai machen, das sollten wir dann im März oder April entscheiden. Da wäre ein Vorgriff jetzt nicht sinnvoll, weil wir jetzt zwei Parallelprozesse starten; wir müssen sehen, wie wir die Stafette jeweils weitergeben. - Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 7 Verschiedenes

In dem Punkt Verschiedenes ist aufgerufen, dass in der letzten Kommissionssitzung Herr Meister angesprochen hatte, dass wir verschiedene Fragen der Einbeziehung noch offen haben respektive an ihnen arbeiten.

Das sind drei Themenfelder. Das erste sind Jugend- und Schülergruppen - dazu bitte ich Herrn Meister etwas zu sagen -, das zweite war die Ein-

ladung an die Gruppe Schacht Konrad. Außerdem haben wir aus dem letzten Jahr noch einen Wunsch der Bezugnahme aus Ahaus, und wir haben die Vorstellung, die von den Kommissionsvorsitzenden - ich glaube, von Frau Heinen-Esser - kam, ob und inwieweit hier ein Vertreter eines Zwischenlagerstandortes als Gast anwesend sein sollte. - Ich schlage vor, dass bitte zunächst Herr Meister etwas zu der Frage der Einbeziehung Jugendlicher sagt.

Vorsitzender Ralf Meister: Nur kurz: Es wird am 2. März um 9:00 Uhr hier im Paul-Löbe-Haus in der Cafeteria eine Begegnung mit Herrn Scholl vom Bundesjugendring stattfinden. Das ist die Einladung, für eine Stunde, von neun bis zehn, an diejenigen, die Interesse daran haben.

Herr Scholl ist derjenige, der vom Bundesjugendring sozusagen delegiert worden ist, das Gespräch zu führen, und er würde dann auch das Ergebnis in den Vorstand zurückmelden. Das ist tatsächlich eine Erstsondierung an dem Punkt: Was ist eigentlich denkbar? Wir können an dem Punkte ja noch nichts direkt anbieten, weil wir in dem Verfahren nicht so weit sind, dass wir sagen könnten, das könnte die Rolle sein. Aber wir können durchaus auch schon ein paar Aspekte hineinbringen, wie es auch zum Beispiel von Frau Donat oder anderen kam: Welche Rolle spielt diese Generation?

Vermutlich wird auch Frau Müller aus der Evangelischen Akademie in Loccum daran teilnehmen. Das ist erst einmal nur sehr knapp, eine Stunde am 2. März, 9:00 bis 10:00 Uhr, aber die Einladung an jede und jeden, der möchte, daran teilzunehmen. Sie haben Verständnis dafür, dass wir so etwas jetzt nicht groß herumdoodeln oder so, sondern da die Verantwortung wahrnehmen und Sie dann dazu einladen.

Etwas Ähnliches ist auch in Vorbereitung für die Begegnung mit Vertretern der Initiative im Schacht Konrad, auch dort nicht mit der Arbeitsgruppe hinzugehen; vielmehr werden jetzt Terminvorschläge sondiert, sodass zwei oder drei

Personen aus der Arbeitsgruppe zu einem ersten Gespräch dorthin reisen.

Da fühle ich mich auch noch einmal direkt verpflichtet, weil wir damals Anfragen gestartet haben - Sie erinnern sich - mit der Zusammenlegung der Arbeitsgruppe 5 in die Arbeitsgruppe 1; wir haben die Absage von Schacht Konrad bekommen, aber mit dem Hinweis, dass wir willkommen seien zu einem Gespräch dort.

Es war nun ein bisschen mühsam, das aufzubauen, sozusagen zu finden, wer wie unter welchen Bedingungen das macht, aber es gibt den Hinweis, dass wir mit einer kleinen Gruppe dorthin kommen könnten; dann müsste das in der Gruppe vorbesprochen werden. Wir suchen im Moment einen Termin dafür. Dieser Termin würde mit Sicherheit nicht vor Mitte April sein, also nach der Osterpause. - Das sind die beiden Punkte dazu.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Gibt es dazu Anmerkungen? - Herr Becker, bitte.

Thorben Becker: Ein Punkt zu Schacht Konrad: Im April und im Mai soll die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des BMU zum NaPro stattfinden. Eine Region, die vom Entwurf des NaPro sehr konkret betroffen ist, ist eben die Region Braunschweig/Salzgitter, weil dort offene Fragen, so danach, welcher Müll nach Schacht Konrad soll und ob wir nach Inbetriebnahme noch einmal an die Genehmigung herangehen und Ähnliches, thematisiert werden.

Wir als BUND haben zumindest dem BMUB vorgeschlagen, unbedingt im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eine öffentliche Veranstaltung in dieser Region zu machen. Die Antwort war: Es gibt noch kein Konzept für diese Öffentlichkeitsbeteiligung, aber wenn so eine Veranstaltung stattfindet, wäre das sicherlich ein geeigneter Zeitpunkt, zu sagen, okay, das gucken wir uns als Kommission einmal an. Ich glaube, da kann man

sehr viel mehr erleben als in einem Gespräch mit drei, vier, fünf Leuten.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, meines Erachtens signalisiert das Nicken: Danke für die Information. Das ist kein Entweder-oder, sondern das würde man dann auch in ein solches Gespräch mit einbringen, ob es sinnvoll ist. - Gut, dann wäre die Frage - - Herr Fuder, gerne, natürlich.

Michael Fuder: Direkt dazu noch einmal zur Ergänzung, direkt anknüpfend: Erstens möchte ich Interesse an diesem Thema bekunden, weil das mit Asse auch so eng zusammenhängt, wie für alle sicherlich sofort erkennbar, dass es irgendwie fast unausweichlich ist.

Zweitens bitte ich bei all diesen Kontakten zu berücksichtigen, dass - anders, als es vielleicht in landläufigen Vorstellungen drinsteckt - an diesen Stellen - Salzgitter, Schacht Konrad ist ein gutes Beispiel - die Gebietskörperschaft als solche, Stadtrat, Oberbürgermeister usw. extrem wichtige Gesprächspartner sind, nicht nur irgendwelche Initiativen - ich nenne es jetzt einmal so -, was man normalerweise vielleicht im Kopf hat, sondern wirklich die ganze Bandbreite von Initiativen welcher Art auch immer bis hin zur Gebietskörperschaft als solcher. Dieses Spektrum von Anfang an im Blick zu haben, bitte ich doch sehr.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, vielen Dank. Es wäre sicherlich für diese Frage eines Gespräches, das aber ja noch offen ist, weil wir nicht genau wissen - - Insbesondere steht noch die Frage im Raum: Geht der Beteiligungsprozess der Kommission in die Region? Das ist ja nur ein Vorfühlen. Gleichzeitig wäre es natürlich ein gutes Erleben, wenn diese NaPro-Veranstaltung wäre, weil da wiederum dann auch all die Akteure aufträten, sodass man die Bandbreite erkennen könnte. Von daher ergänzen sich Ihre Überlegungen meines Erachtens ausgesprochen gut.

Damit leite ich noch einmal über zu der Frage eines Gastes aus dem Zwischenlagerbereich. Meine

persönliche Haltung dazu ist: Ich bin sehr zurückhaltend. Die Rolle nimmt seit nunmehr drei Sitzungen Herr Dürr wahr. Er war jetzt im Umweltforum Auferstehungskirche, er war beim Tisch Nord jetzt Anfang Februar, und er war bei uns in der Kommission auch Anfang Februar. Ich habe überhaupt nichts gegen Herrn Dürr. Ich weiß nur nicht, ob das letztendlich das ist, was wir uns vorstellen. Das ist möglicherweise auch dann wieder zu symbolisch.

Mein Vorschlag wäre, dass wir noch ein paar Wochen beobachten, ob es nicht doch ein Interesse der Kommission gibt, in die Region zu gehen. Dann wäre es eigentlich spannender, zu fragen, welche Region geeignet ist, als dass wir jetzt von irgendeinem Standort eines Zwischenlagers hier eine Person als Dauergast haben. Das stelle ich zur Diskussion; denn es kostet uns nicht viel. Wir können natürlich eine Person bitten, dass sie hierher kommt, und dann sagen wir, wir haben die Standortzwischenlager hier vertreten. Das bringt aber eher entweder eine Zerreißprobe für die Person, oder es gibt so eine Art „Funktionärs-tum“.

Ich kenne die Hintergründe von Herrn Dürr jetzt zu wenig. Wie gesagt, es hat überhaupt nichts mit Herrn Dürr zu tun, sondern es ist eher die Brücke: Kommen wir nicht vielleicht doch, wenn wir ein Regionalformat erschließen wollen, damit nicht besser Richtung Standortgemeinden, als dass wir hier einen Gast einladen? Man kann aber natürlich auch beides machen. Ich stelle es nur einmal zur Diskussion. - Herr Thomaske.

Prof. Dr. Bruno Thomaske: Ich verstehe Ihr Argument. Auf der anderen Seite muss man natürlich sehen: Keiner der jetzt Lebenden wird von dem Endlager, für das wir Vorschläge machen, jemals betroffen sein, weil er das nicht erleben wird. Wer es erleben wird und erleben muss, das sind die Standortgemeinden.

Insofern unterschätzt ein Vorgehen, dass wir nun ausgerechnet in Bezug auf diejenigen sagen, die

gewissermaßen von all den Überlegungen unmittelbar betroffen sind, na, da überlegen wir uns, ob wir sie hier mit einbeziehen, während wir uns aber über alle zukünftigen Regionen usw. viele Gedanken machen, dass es reale Betroffenheit gibt. Deswegen halte ich es durchaus für wichtig, sie auch mit einzubeziehen.

Zudem ist Herr Dürr im Augenblick zumindest als Stellvertreter der Standortgemeinden derjenige, der an dieser Stelle amtiert und damit auch insgesamt repräsentativ ist. Insofern meine ich schon, dass vieles dafür spricht, an dieser Stelle diese Stimme auch institutionell gewissermaßen mit in unsere Arbeit zu verankern.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Weitere Beiträge?

Michael Fuder: Ich schließe mich dem an. Man kann die ganze Endlagerproblematik kaum ohne die Zwischenlagerproblematik diskutieren. Da sind sehr enge Verknüpfungen schon rein auf der Zeitschiene. Deswegen sehe ich es so wie Herr Thomauske: Eine institutionelle Einbeziehung wäre sinnvoll.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Gut, dann glaube ich, das eine tun und das andere nicht lassen. Mein Hauptpetitum war ja, vielleicht noch die Chance zu haben, auch in die Region zu gehen. Aber das verbaut man sich damit nicht. Wenn es eine Mehrheit oder keinen Widerspruch gibt, dann werden wir - - Sollte es dann die Institution sein, die Herr Dürr repräsentiert, dass man sie anspricht?

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Genau!)

Dann müssten sie entscheiden, ob der Vorsitzende oder der Stellvertreter kommt; das würden wir dann nicht entscheiden.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Der Vorsitzende hat als Bürgermeister nicht mehr kandidiert; deswegen ist er formal weg, und deswegen nimmt Herr Dürr die Funktion wahr. Sie haben wohl irgendwann jetzt im Frühjahr ihre Sitzung. Dann wird

möglicherweise er oder jemand anderes installiert, und denjenigen würde man dann einladen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, herzlichen Dank. - Gibt es irgendwelche Gegenstimmen? - Ich glaube, nein. Dann würden wir das so machen. Dann würden wir die Geschäftsstelle bitten, dass sie noch eine Einladung schreibt, und wir würden Herrn Dürr ab der nächsten Sitzung für einen unbestimmten, längeren Zeitraum erst einmal einladen und hätten dann zu dieser Frage auch eine gute Antwort gefunden.

Wir haben keine weiteren Punkte auf der Tagesordnung. Ein künstliches Diskutieren liegt mir nicht. Ein Beitrag von Herrn Fuder ist natürlich gerne noch gehört. - Nein, nein, Herr Fuder, ich wollte Sie nicht - - Ich wollte nur vorschlagen, dass wir dann früher zu Ende kommen, weil ein Einstieg beispielsweise in das Standortauswahlgesetz, was ja naheliegend wäre, jetzt keinen Sinn machte. - Bitte, Herr Fuder.

Michael Fuder: Zum Prozedere einfach für mich jetzt noch einmal zur Vergewisserung: Ich hatte ja heute Morgen dieses Thema Öffentlichkeitsbeteiligung ausgeweitet zur Akteursbeteiligung. Das ist sicherlich kein ganz kleines Thema, unterstelle ich einmal, und nichts, was man mal so eben abhandeln kann, weil daran durchaus ein paar grundsätzliche Überlegungen hängen. Nur jetzt die Frage an Sie, Herr Gaßner: Wie stellen Sie sich vor, das einzutüten?

Wir können es vielleicht - - Ich formuliere einmal zumindest eine Idee: Wenn wir uns nächstes Mal mit dem Gesetz beschäftigen, dann passt es da im Grunde genommen eins zu eins hinein. Von daher ist es vielleicht gut, das in diesem Zusammenhang zu vertiefen.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Dachten Sie, dass wir das dann auch schon mit einer Einladung verbinden? - Nein, sondern dass wir das beim nächsten Mal als einen Teil diskutieren. Wir kommen formal dazu, weil § 12 auch die Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und der

Träger öffentlicher Belange ansieht; aber das ist jetzt zu juristisch.

Vielmehr war es die von mir angedachte Überlegung, dass wir uns auch einmal intensiver in den Diskussionsprozess mit dem BfS als Träger verschiedener Beteiligungsprozesse begeben. Sollten wir dies das nächste Mal diskutieren oder eben schon eine Einladung auch mit in Aussicht nehmen? Da bin ich jetzt im Moment unsicher, was ich da jetzt aus der Hüfte schieße.

Also, die Vorstellung ist die, dass wir auf jeden Fall auch einmal mit dem BfS diskutieren, welche Erfahrungen sie haben. Das ist nicht hundertprozentig das, was Sie vorhin mit der Akteursvielfalt sagten. Ihre Vorstellung dazu hatten Sie schon das letzte Mal geäußert und in dem Begriff auch zum Ausdruck gebracht: Öffentlichkeitsbeteiligung, Akteursbeteiligung. Für Sie sind Akteure in diesem Zusammenhang mehr als Öffentlichkeit.

Ich würde vorschlagen, dass wir das noch einmal mitnehmen und das nächste Mal auf jeden Fall aufrufen. Ich würde das noch einmal runder machen wollen, als ich es jetzt aus dem Stegreif kann, ob wir es schon mit einer Einladung verbinden. Das Thema ist das nächste Mal eigentlich sehr intern.

Michael Fuder: Darf ich direkt? - Ich würde auch auf jeden Fall sagen, es nicht jetzt ad hoc mit einer Einladung zu verbinden. Aber wenn wir anfangen, uns mit dem Gesetz als solchem zu beschäftigen, so sind da verschiedene Paragraphen, bei denen das - aus meiner Sicht jetzt spontan - eine Rolle spielen kann. Das geht schon ganz vorne los. Vielleicht können wir es einfach beim nächsten Mal beginnen in den Blick zu nehmen; so will ich es einmal formulieren.

Vorsitzender Hartmut Gaßner: Ja, vielen Dank, einerseits inhaltlich und andererseits, dass Sie so großzügig waren, nicht zu monieren, dass ich nicht wieder darauf zurückgekommen bin. Das hatte ich jetzt einfach vergessen. Vielen Dank.

Damit wären wir am Ende der Sitzung, und ich darf mich herzlich bedanken. Ich wünsche Ihnen einen guten Resttag. Bis zum 2. März zur Kommissionssitzung!

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe

Hartmut Gaßner

Ralf Meister